



**Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der  
Hohenzollern**

**Tümpel, Hermann**

**Bielefeld, 1909**

3. Von 1815 bis zur Gegenwart.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](#)

854. Daß die Minden-Ravensberger aber nicht nur Wunden empfangen, sondern auch ausgeteilt hatten, beweist der Name Hacketäuer, den sie sich erworben hatten.<sup>119)</sup>

Das westfälische Landwehr-Kavallerieregiment, zu dem Minden-Ravensberg die 2. Eskadron gestellt hatte, hat 1814 Westfalen gar nicht verlassen, wohl aber den Feldzug von 1815 mitgemacht.<sup>120)</sup> So war es bei dem Reiterkampf am Abend des 16. Juni beteiligt, wo allerdings die preußische Kavallerie nur teilweise ihre Schuldigkeit tat. Die Ravensberger freiwilligen Jäger, die 1815 eintraten, waren in Frankreich erst eingetroffen, als der Krieg im wesentlichen vorbei war; sie wurden dem 6. (1. westpreußischen) Infanterieregiment beigegeben.<sup>121)</sup>

Stark war Minden-Ravensberg an den Freiheitskriegen schließlich noch dadurch beteiligt, daß es zu den 6000 Mann Erhaz, die das Militärgouvernement zwischen Weser und Rhein für die Feldtruppen (das II. und besonders III. Bülow'sche Korps) stellen mußte, nach Kräften beisteuerte; dazu hat unsere Gegend sicher noch über 1000 Mann aufgebracht, nicht wenige waren auch freiwillig bei durchmarschierenden Truppen eingetreten.

Mit reger Teilnahme verfolgte man in der Heimat die Begebenheiten im Felde und feierte die Siege auf jede Weise, in der Kirche, an der Tafel, mit Tanz und Musik, Läuten und Schießen; bei letzterem traten die Gewehre des Landsturms in Tätigkeit, die hier wie anderswo gegen den Feind keine Verwendung fanden.

In Erwägung, daß die herzerhebende Äußerung treuer Vaterlandsliebe ein äußeres Kennzeichen derselben fordere, war vom König verordnet worden, daß auch außer dem Kriegsdienst von allen Männern, die das 20. Jahr zurückgelegt hatten, die preußische Nationalfahne getragen wurde.<sup>122)</sup> Auch nach Auflösung der Detachements freiwilliger Jäger zeigten sich manche fortdauernd in Uniform.<sup>123)</sup> Um die Erinnerung an die große Zeit festzuhalten, erging an die Bewohner der Provinzen Minden und Ravensberg ein Aufruf: der ausgezeichneten, in neu auftretenden Kriegern doppelt achtungswerten Tapferkeit ihrer Landsleute ein Denkmal zu setzen, ein Plan, der wohl nicht verwirklicht worden ist. Dagegen wurden in den Kirchen Tafeln angebracht, die die Namen der Gefallenen der Nachwelt überlieferten. Auch erging am 9. Oktober 1816 aus Minden die Verordnung, daß die wichtigsten Gedächtnistage: Schlacht bei Leipzig, erste Einnahme von Paris, Schlacht bei Belle-Alliance kirchlich gefeiert würden. Wie lange das geschehen, ist uns nicht bekannt, ebensowenig, wie lange der 18. Oktober in unserer Gegend durch Freudenfeuer und sonst in weltlicher Weise gefeiert wurde, was für 1816 die eben erwähnte Bekanntmachung in Worten ankündigte, die die gehobene Stimmung jener Tage deutlich zum Ausdruck bringen.<sup>124)</sup>

### 3. Von 1815 bis zur Gegenwart.

#### Allgemeines.

Indem wir in die Periode des Neu- und Ausbaues des preußischen Staates treten, die bis in die Gegenwart reicht und zu noch größerer Gleichmäßigkeit der Einrichtungen führt, als sie bereits im 18. Jahrhundert erzielt worden war, wird es schwer, den lokalen Standpunkt festzuhalten. Wohl bewahren sich die Provinzen manche Eigentümlichkeiten, aber für die Landschaften innerhalb derselben hört das Sonderleben auf. Es kann sich also noch mehr als für das 18. Jahrhundert nur darum handeln, zu zeigen, wie die Einrichtungen des Gesamtstaates oder der Provinz auf sie übertragen werden.<sup>125)</sup> Wir können uns dabei kurz fassen und

berichten nur hier und da etwas genauer, wie sich die Gesamtentwicklung in unserer Landschaft spiegelt. Eingehender dürfen wir das politische Parteiwesen schildern, weil es charakteristische Sonderzüge aufweist. Kriegsschauplatz ist Minden-Ravensberg zum Glück im 19. Jahrhundert nicht gewesen, wohl aber haben seine Bewohner ruhmreichen Anteil an den Einigungskriegen genommen, und in einem der letzten Abschnitte soll dieser angedeutet werden.

### Berwaltung.

Vergeblich hatte die englisch-hannöversche Regierung versucht, Minden-Ravensberg zur Abrundung Hannovers zu gewinnen.<sup>126)</sup>

Durch Patent vom 21. Juni 1815 nahm Friedrich Wilhelm III. die mit der Monarchie wieder vereinigten westfälischen Länder mit Einschluß der dazwischenliegenden Enklaven feierlich in Besitz und beauftragte den Staatsminister Frhr. von der Reck, Vinces Schwager, mit der Annahme der Erbhuldigung; diese fand am 18. Oktober 1815 in Münster statt. Das Fürstentum Minden war bei dieser Gelegenheit durch je 8, die Grafschaft Ravensberg und das Stift Herford durch je 10 Deputierte des Standes der Rittergutsbesitzer, der Bürger und Bauern vertreten. Schon vorher war durch Verordnung vom 30. April 1815 die Provinz Westfalen organisiert worden; sie sollte in drei Bezirke zerfallen, von denen der dritte das Weserland umfaßte; zu ihm gehörte Minden-Ravensberg. Vincke wünschte, daß der Sitz der Regierung nach Paderborn verlegt würde, teils weil die Stadt besser gelegen sei, teils weil die neu erworbenen Länder einer größeren Aufsicht bedürften. Er drang aber mit diesem Wunsch nicht durch. Es dauerte noch über ein Jahr, bis die bisherigen provisorischen Behörden aufgehoben wurden. Erst am 1. August 1816 übernahm Vincke nach Niederlegung des Zivilgouvernements das Oberpräsidium von Westfalen; an demselben Tag trat die Regierung in Minden an Stelle der Lokalbehörden, in Minden und Ravensberg der Regierungskommissionen. In Bielefeld leitete diese damals nicht mehr v. Bernuth, der war vielmehr schon im Juni desselben Jahres als vortragender Rat ins Ministerium des Innern gegangen. Der Landsturm hatte ihm das Geleite bis Herford gegeben.<sup>127)</sup>

Die neue Regierung in Minden war die Nachfolgerin der alten Kriegs- und Domänenkammer. Entsprechend den Steinischen Reformen hatte sie nichts mehr mit der Justiz zu tun, erhielt dagegen fast alle Angelegenheiten der inneren Verwaltung mit Einschluß der Kirchen- und Schulsachen. Die Schwerfälligkeit des Geschäftsganges, über den bei den Kriegs- und Domänenkammern geklagt worden war, war in der Weise beseitigt worden, daß sie nur noch in besonderen Fällen bei der Oberbehörde anfragen, in allen anderen selbständig entscheiden konnte, und daß die Regierung in verschiedene Abteilungen zerlegt wurde, die in den meisten Fällen für sich entscheiden konnten, während bisher alles im Plenum verhandelt worden war. An die Spitze der Abteilungen traten Direktoren, seit 1825 Oberregierungsräte, das Präsidium führten bis dahin Regierungspräsident und Direktoren, seitdem der Regierungspräsident allein. Erster Präsident war Freiherr v. d. Horst; die längste Amtsdauer — 22 Jahre — hatte Präsident Richter; er wurde 1847 in den Ruhestand versetzt. Seit 1903 führt Dr. Kruje das Präsidium. Im Laufe der Jahre wurden der Regierung manche Geschäftszweige genommen, die Arbeitslast stieg aber doch infolge anderer Umstände. Mit der Regierung ist der Bezirksausschuß verbunden. Er existiert seit 1883 und fungiert als Verwaltungsgericht und Beschlußbehörde.

Der Regierungsbezirk zerfällt in Kreise; und zwar hatte Minden-Ravensberg anfänglich deren sieben: Stadt Minden, Kreis Minden, Rahden (seit 1831 Lübbecke), Bünde, Herford, Bielefeld, Halle. Später wurden Stadt und Kreis Minden zum Kreis Minden, Bünde und Herford zum Kreis Herford zusammengelegt, andererseits schied die Stadt Bielefeld 1878 aus dem Kreis Bielefeld aus, so daß zur Zeit auf Minden-Ravensberg 6 Kreise kommen; im allgemeinen decken sich Minden und Lübbecke mit dem alten Fürstentum Minden, die beiden Kreise Bielefeld, Halle, Herford mit Ravensberg, doch gehören zum Kreis Herford mehrere Gemeinden des alten Fürstentums Minden, so Gohfeld, Löhne, Mennighüffen, Kirchlengern, Querheim, und zu den Kreisen Minden und Lübbecke wieder solche der früheren Grafschaft, so Nehme, Börninghausen, Holzhausen am Limberg und Pr. Oldendorf. An der Spitze der Kreise stehen Landräte (1816 Kreis-Kommissarii genannt), unter ihnen Kreissekretäre. Die Landräte ernannt der König auf Vorschlag der Kreistage. Letztere wurden für Westfalen erst 1827 eingeführt. Sie setzen sich aus den drei Ständen des geschichtlich bevorrechteten Großgrundbesitzes, der Städte und des bäuerlichen Besitzes zusammen und zwar unter ungerechter Bevorzugung des ersten. Die Befugnisse der Kreistage waren anfänglich sehr bescheiden; sämtliche Beschlüsse bedurften im Westen der Bestätigung der vorgesetzten Behörde. Eine Erweiterung der Rechte brachten für Westfalen die Jahre 1841 und besonders 1886. An die Stelle des geschichtlich bevorrechteten Großgrundbesitzes trat der Großgrundbesitz schlechthin, und die Vertretung wurde gerechter und gleichmäßiger verteilt.

Die Landgemeindeverfassung geht zurück auf die Einrichtungen der französisch-westfälischen Zeit, dieser Charakter wurde auch durch die Landgemeindeordnung von 1841 nicht wesentlich verändert. Nach den verunglückten gesetzgeberischen Experimenten von 1850 wurde die Landgemeindeordnung von 1841 1856 neu redigiert und durch die Kreisordnung von 1886 ergänzt. Wenn wir von den Städten von über 2500 Einwohnern absehen, so zerfällt der Kreis in Ämter. Dies sind entweder größere Einzelgemeinden oder Vereinigungen von kleineren Einzelgemeinden und Gutsbezirken, sogenannte Samtgemeinden. An der Spitze eines Amtes steht ein vom Oberpräsidenten auf Grund der Vorschläge des Kreisausschusses ernannter und meist besoldeter Amtmann. Er verwaltet auch die Ortspolizei. Als kommunale Vertretung besteht in der Einzelgemeinde die Gemeindeversammlung oder Gemeindevorstand, in den zusammengesetzten Ämtern die Amtsversammlung. Die laufenden Geschäfte besorgt der Gemeindevorstand mit einem Gemeindevorsteher an der Spitze. In den westfälischen Städten herrschte auch nach 1815 zunächst noch die fremdländische Gesetzgebung; in den Berichten der Regierung wird wiederholt darüber geplagt, daß die dadurch geforderte, beinahe spezielle Kontrolle ihre Zeit in Anspruch nehme und die lebendige Teilnahme der Bürgerschaft töte. Nachdem die Steinsche Städteordnung 1831 revidiert worden war, wurde sie 1833 an Minden und Herford, 1835 an Bielefeld verliehen und durch Verordnung von 1841 allgemein in Westfalen für alle Gemeinden von über 2500 Einwohnern eingeführt, 1856 aber durch eine Neubearbeitung erweitert, die mit der Ordnung für die östlichen Provinzen fast wörtlich übereinstimmt. Von den kleineren Städten Minden-Ravensbergs werden Bünde und Deynhausen nach der Städte-, die anderen nach der Landgemeindeordnung von 1856 verwaltet.

Gewaltig waren die Aufgaben, die besonders die größeren Städte zu lösen hatten; aus ihren Wällen und Festungswerken, aus kleinkörperlicher Enge drängten sie hinaus, immer neue Ansprüche machten sich geltend, und welche Opfer ihre Befriedigung in finanzieller Hinsicht kostete, werden wir weiter unten sehen.<sup>128)</sup>

### Justiz.

Wir wenden uns zur Gerichtsverfassung. Das oberste Gericht war in Minden-Ravensberg bis 1807 die „Regierung“ gewesen. Seit Wiederherstellung der preußischen Herrschaft bedeutete, wie wir eben sahen, die Regierung die oberste Verwaltungsbehörde für den Regierungsbezirk. Die bisherigen Regierungen empfingen den Namen Oberlandesgericht. Nach Verordnung von 1815 war der Sitz desselben für den Regierungsbezirk Minden die Stadt Minden, 1816 aber wurde es nach Paderborn verlegt. Es war zweite Instanz für die Untergerichte, erste für die Eximierte und bei den den Untergerichten nicht übertragenen Strafsachen. Die Führung der Voruntersuchung in Strafsachen lag dem Inquisitoriat in Herford ob. Als Untergerichte fungierten kollegialische Land- und Stadtgerichte. Solche bestanden in Minden, Petershagen, Lübbecke, Rahden, Bünde, Blotho, Herford, Bielefeld, Halle. Ferner gab es ein Patrimonialgericht für die Bethakeschen Erben in Petershagen und ein Landgericht in Quernheim.<sup>129)</sup> Die Untergerichte hatten die Zivilgerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit über alle Gerichtseingesessenen mit Ausnahme der Eximierte sowie die Strafgerichtsbarkeit in kleineren Sachen.

1849 wurde das öffentliche und mündliche Verfahren und die Schwurgerichte eingeführt, und es fand eine andere Organisation der Gerichte statt. An die Stelle der bisherigen Untergerichte traten Kreisgerichte. Minden-Ravensberg erhielt solche zu Minden mit einer Deputation von 3 Richtern in Petershagen, zu Lübbecke mit einer Deputation von 3 Richtern in Rahden, zu Herford mit einer Deputation von 4 Richtern in Bünde und einer Gerichtskommission von einem Einzelrichter in Blotho, zu Halle, zu Bielefeld. Die ersten vier waren immer für den betreffenden Kreis bestimmt, das in Bielefeld für die Kreise Bielefeld und Wiedenbrück. Monatliche Gerichtstage konnten wie bisher abgehalten werden in Hausberge, Schlüsselburg, Levern, Bersmold. Die den Bethakeschen Erben zugestandene, bisher durch das Erbpachtgerichtsamt zu Petershagen ausgeübte Patrimonialgerichtsbarkeit wurde auf die Deputation zu Petershagen übertragen. Für die Abhaltung der Schwurgerichte wurde das Kreisgericht in Herford bestimmt; der Schwurgerichtsbezirk umfasste Minden-Ravensberg und Wiedenbrück.<sup>130)</sup> Die am 3. September 1849 beginnende erste Tagung erweckte das größte Interesse. Das Publikum, ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes, drängte sich zu den Sitzungen und ließ sich dazu fortreissen, einen erwünschten Urteilsspruch der Geschworenen mit Bravo zu begrüßen; die Blätter brachten eingehende Berichte. Sehr gerühmt wird der Präsident A. G. R. Hagens aus Paderborn. Eine Stimme aus dem Volk beklagt allerdings, das Schauspielmäßige sei nicht ganz vermieden worden. Von den Sprüchen der Geschworenen sagt derselbe Kritiker, sie hätten ein reges Gefühl für Gesetz und Humanität befunden. Bezeichnend für den Geist dieser Tage ist, daß dem Herforder Schwurgericht in diesem Jahr nicht weniger als fünf Anklagen wegen Majestätsbeleidigung vorlagen. In einem Fall war der Angeklagte nicht erschienen, in den anderen vier erfolgte Freisprechung. Das Oberlandesgericht in Paderborn hieß von jetzt ab Appellationsgericht, weil es, wie die andern Oberlandesgerichte, nur noch Berufungsgericht war.

Die heutige Organisation des Gerichtswesens beruht auf dem Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877. Minden-Ravensberg wurde dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamm zugeteilt. Um das Landgericht entstand ein heftiger Streit zwischen Minden und Bielefeld. Dem damaligen Abgeordneten für Halle-Herford-Bielefeld, Ed. Windthorst, war es zu verdanken, daß Bielefeld den Sieg

davontrug. Doch nahm sein Onkel Windthorst-Meppen für sich das Verdienst in Anspruch, das Zentrum in letzter Stunde bestimmt zu haben, für Bielefeld zu stimmen.<sup>131)</sup> Durch Gesetz vom 4. März 1878 wurde also das Landgericht in Bielefeld errichtet für die Kreise Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Halle, Wiedenbrück; durch Verordnung vom 26. Juli erhielten im Bezirk des Bielefelder Landgerichts Amtsgerichte die Orte Bielefeld, Bünde, Gütersloh, Halle, Herford, Lübbecke, Minden, Deynhausen, Petershagen, Rahden, Rheda, Rietberg, Blotho, Wiedenbrück. Da das Gerichtsverfassungsgesetz bestimmte, daß die Schwurgerichte bei den Landgerichten zusammentreten sollten, wurde es von Herford nach Bielefeld verlegt. Die neue Organisation trat am 1. Oktober 1879 in Kraft.

### Finanzen.

Von der Möglichkeit des Domänenverkaufes, die 1808 für die östlichen Landesteile durch ein Haßgesetz geregelt worden war, dessen Bestimmungen 1819 auf die neu- und wiedererworbenen Gebiete übertragen wurden, machte man auch bei uns Gebrauch. Nachdem schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viele Grundstücke in Erbpacht ausgetan waren, entledigte sich noch vor 1830 der Fiskus alles Landbesitzes, den er in Minden-Ravensberg gehabt hatte.

Was die Steuern anbelangt, so waren nach dem Sturz der Fremdherrschaft in Minden-Ravensberg die altpreußischen Abgaben wiederhergestellt worden, indessen hatte man die in westfälischer Zeit auf die sonst steuerfreien Grundstücke gelegte Grundsteuer beibehalten. Für die weitere Entwicklung der Staatseinnahmen wurden im Bereich des ganzen preußischen Staates die Jahre 1818—1822 maßgebend. Es sollten drei direkte Steuern bestehen: die Grundsteuer, die Klassensteuer und die Gewerbesteuer und vier indirekte: die Grenzzölle, die inländischen Konsumtionssteuern, die Schlacht- und Mahlsteuer und die Stempelsteuer. Zur Erhebung der Zölle wurde ein einheitlicher Tarif für den Osten und Westen geschaffen. Es trat eine scharfe Bewachung der Grenzen ein. Für Minden-Ravensberg war dies recht unbequem, denn es grenzte an das damalige Zollausland, an die zwei Lippe und Hannover. Es gab deshalb ein Hauptzollamt in Minden und eine ganze Reihe von Nebenzöllämtern und Ansageposten auf der ganzen Grenze<sup>132)</sup>. Trotzdem blühte der Schmuggel und führte nur gar zu leicht zur Demoralisierung der Bevölkerung. Auch die Gründung des Zollvereins nützte anfangs nichts, denn die genannten drei Nachbarstaaten blieben ihm zunächst fern. Jene unerquicklichen Zustände hörten erst auf, als 1841 Hannover und die beiden Lippe dem Zollverein beitraten.

Für die Grundsteuer war der Erlass besonderer Provinzialgesetze vorbehalten worden. Während in fast allen Provinzen diese an dem Widerstand der privilegierten Klassen scheiterten, kam für den Westen zunächst ein Kataster<sup>133)</sup> und dann 1839 ein Gesetz zustande, das die nach Prozenten des Reinertrags zu erhebende Grundsteuer festsetzte. Eine einheitliche Grund- und Gebäudesteuer für den ganzen Staat einzuführen gelang erst im Jahre 1861.

Die Klassensteuer wurde nur auf dem Lande und in den kleineren Städten erhoben. An ihre Stelle trat in Minden, Herford und Bielefeld anfangs die Schlacht- und Mahlsteuer, konnte sich aber hier nicht behaupten. In Herford z. B. trat 1843 an ihre Stelle die Klassensteuer.

Die Klassensteuer wurde 1851 erzeugt durch die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer, 1891 durch die Einkommensteuer, die die Selbsteinabschätzung einführte und die niederen Einkommen entlastete. 1893 kam zu der Einkommen- die Ergänzungssteuer, die das Vermögen erfaßte.

Die Gemeinden waren, soweit nicht die Erträge des Kämmereivermögens ausreichten, in der Hauptsache auf Zuschläge zur Klassensteuer oder Schlacht- und Mahlsteuer, solange diese bestand, angewiesen. Es war also die Gefahr vorhanden, daß diese Zuschläge eine drückende Höhe erreichten. Hier sollte Miquels Steuerreform 1893 helfen, sie setzte Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe für den Staat außer Hebung und überwies sie den Städten. Außerdem eröffnete sie diesen eine Reihe neuer Einnahmequellen. Dabei sollten in erster Linie Gebühren und Beiträge erhoben werden.

Diese allgemeinen Gesichtspunkte wollen wir an Bielefeld veranschaulichen.<sup>134)</sup> Wir beginnen, um einen Ausgangs- und Vergleichspunkt aus der vorigen Periode zu bekommen, mit dem Etat von 1805/1806, als Bielefeld einschließlich Militär gegen 6000 Einwohner hatte<sup>135)</sup>. Die Rtlr. rechnen wir, um einen Vergleich zu erleichtern, bei diesem und den zwei folgenden Etats in Mark um und nennen der Vereinfachung wegen immer nur die wichtigsten Posten, berücksichtigen aber bei der Summe auch die unbedeutenderen.

#### Kämmereietat von 1805/06.

	Einnahme.
Zuschuß aus der Altkassakasse . . . . .	9253
Zinsen, Erbpachtgelder, Pacht vom Kämmereihof . . . . .	2659
	<u>Summe 14 127</u>
	Ausgabe.
Zinsen . . . . .	5446
Gehälter . . . . .	5098
Bauten . . . . .	1348
	<u>Summe 13 708</u>

Wir wenden uns nunmehr dem Jahr 1833 zu, dem letzten vor Einführung der neuen Städteordnung. Die Bevölkerung (wohl ohne Militär) betrug damals etwa 8000 Personen.<sup>136)</sup>

#### Etat für 1833.

	Einnahme.
Weggeld . . . . .	5400
Überschuß aus der Leggeeinnahme <sup>137)</sup> . . . . .	3600
Zuschlag von 15 % zur Schlacht- und Mahlsteuer . . . . .	5400
Defizitsteuer . . . . .	7259
Armensteuer . . . . .	4890
	<u>Summe 30 399<sup>138)</sup></u>
	Ausgabe.
Verwaltungskosten . . . . .	9906
Zinsen von den städtischen Schulden <sup>139)</sup> . . . . .	3077
Reparaturen an Gebäuden, Toren, Mauern usw . . . . .	900
Wege und Brücken . . . . .	2700
Schulen (namentlich 2447 M. Zuschuß zur Gymnasialkasse) . . . . .	3012
Straßenerleuchtung . . . . .	1050
Löschwesen . . . . .	750
Zuschuß zur Armenpflege . . . . .	4890
	<u>Summe 30 399<sup>138)</sup></u>

In den folgenden Jahren fielen mehrere Einnahmequellen weg, so daß Leggegeld und der städtische Zuschlag zur Schlacht- und Mahlsteuer, gleichzeitig wuchsen die Ausgaben.

Neu eröffnete Einnahmequellen — Gewinn der Gasanstalt und der städtischen Sparkasse, letztere zuerst im Etat für 1868 erscheinend — konnten keinen Ausgleich schaffen, und so mußte der Zuschlag zu den Staatssteuern erhöht werden. Den Prozentsatz der Zuschläge zur Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer finden wir zuerst 1852 erwähnt. Er betrug damals  $87\frac{1}{2}\%$ . 1864 wurde er erhöht von 95 auf 100 %, 1867 von 100 auf 120 %. In letzterem Jahr trat auch zum erstenmal ein Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer und zwar in der Höhe von  $33\frac{1}{3}\%$  ein. Der Etat für 1868 gestaltete sich also, nachdem sich die Bevölkerung seit dem vorstehend mitgeteilten Etat für 1833 mehr als verdoppelt hatte (Zivilbevölkerung 1834: 8353, 1867: 18180, mit Militär 18701), folgendermaßen:

#### Etat für 1868.

##### Einnahme.

Kommunalsteuern . . . . .	104571
Gewinn aus dem Betrieb der Gasanstalt . . . . .	12000
Gewinn der städtischen Sparkasse . . . . .	1500
Summe	136035

##### Ausgabe.

Verwaltungskosten . . . . .	24057
Zinsen von Passivkapitalien . . . . .	27923
Unterhaltung der Gebäude, Straßen und Wege . . . . .	18864
Löschweisen . . . . .	1725
Straßenreinigung und Erleuchtung . . . . .	3375
Unterhaltung der Schulen . . . . .	17397
Zuschuß zur Armenpflege . . . . .	13560
Tilgung der Schulden und Kapitalanlagen . . . . .	8047
Summe	136035

Auch in der Folgezeit stieg der Prozentsatz des Zuschlages zur Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer: 1871 auf 150 %, 1873 auf 175 %, 1884 auf 200 %, der der Grund- und Gebäudesteuer 1875 auf 35 %.

Für die Höhe der Säge ist übrigens zu berücksichtigen, daß bis 1878 noch eine besondere Kreissteuer von  $16\frac{2}{3}\%$  erhoben wurde, die mit dem Ausscheiden Bielefelds aus dem Kreisverband 1878 auf die Kommunalsteuer übertragen wurde.

Wir lassen jetzt den Etat für 1888 folgen. In den 20 Jahren hatte sich die Bevölkerung wiederum verdoppelt; sie betrug 1887: 36334 Personen.

#### Etat für 1888.

##### Einnahme.

Gemeindesteuern und Abgaben . . . . .	393550
Gewinn aus dem Betrieb der Gasanstalt . . . . .	25585
Summe	502726

Ausgabe.	
Verwaltungskosten . . . . .	86988
Zinsen und Schuldenentlastung . . . . .	100457
Unterhaltung der Gebäude und Straßen . . . . .	51400
Feuerlöschwesen . . . . .	1225
Straßenreinigung . . . . .	9340
Unterhaltung der Schulen hinsichtlich des Unterrichts . . . . .	125762
Zuschuß zur Armenpflege . . . . .	58704
	<u>Summe</u> 502726

Wir treten nunmehr in die Zeiten der Miquelschen Steuerreform. Nachdem 1891/92 der Zuschlag zur Staatssteuer auf 210% gestiegen war und damit den bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, konnte er für 1892/93 infolge des neuen Einkommensteuergesetzes auf 165% ermäßigt werden. Für 1894/95 hatte er aber schon wieder 180% erreicht, und der Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer betrug jetzt 75%; auch wurde zum erstenmal ein Zuschlag und zwar von 30% von der Gewerbe- und Betriebssteuer erhoben. Erst für 1895/96 machte sich die günstige Wirkung des neuen Kommunalsteuergesetzes von 1893 geltend. Es wurden festgesetzt 130% der staatlich veranschlagten, aber vom Staat außer Hebung gesetzten Realsteuern (Grund- und Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuern), ebensoviel der Einkommensteuer. Diese gleichmäßige Belastung aller direkten Steuern war aber nur ausnahmsweise von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden; für die Zukunft sollten, den Absichten des Kommunalabgabengesetzes entsprechend, die Realsteuern höher belastet werden. So trat in den folgenden Jahren eine Differenzierung ein; leider aber führte dies keineswegs zu einer Verminderung der Belastung des Einkommens, vielmehr stieg der Prozentsatz bald aufs neue und hatte 1901 bei der Einkommensteuer 158, bei den Realsteuern 175, 1908 bei jener 195, bei dieser 210% erreicht. So hat die Reform nur ganz vorübergehend geholfen, denn der städtische Zuschlag zur Einkommensteuer hat schon wieder fast die Höhe der Zeit vor der Reform erreicht, und Grund und Gebäude und Gewerbe und Betriebe sind viel höher belastet.

Wie das gekommen, zeigt der letzte Etat, den wir vorführen wollen, der von 1908, als sich die Einwohnerzahl wieder verdoppelt hat (1907: 73245).

#### Etat für 1908.

Einnahme.	
Aus dem Betrieb städtischer Anstalten . . . . .	326700
Gemeindesteuern, Gebühren, Beiträge . . . . .	2576173
	<u>Summe</u> 3721370

Ausgabe.	
Verwaltungskosten . . . . .	516053
Zinsen und Schuldenentlastung . . . . .	1275233
Bauwejen (einschließlich Straßenbau) . . . . .	401385
Unterhaltung der Schulen hinsichtlich des Unterrichts . . . . .	752607
Zuschuß zur Armenpflege . . . . .	100900
Provinzial- und Kreisanstalten . . . . .	178600
Für Kunst und Wissenschaft . . . . .	46024
	<u>Summe</u> 3721370

Vergleichen wir zum Schluß den ersten Etat unserer Periode, den wir gebracht haben, den von 1833 mit dem von 1908, so fällt uns zunächst seine Höhe auf. Während sich in den 75 Jahren, die zwischen beiden liegt, die Einwohnerschaft verzehnfacht hat (8000—80000), hat der Etat die zwanzigfache Höhe erreicht. Aber wie haben sich auch die Aufgaben der Gemeindeverwaltung erweitert und vertieft, und welche Leistungen hat die Stadt aufzuweisen! Darauf werden wir insbesondere geführt, wenn wir auf die Ursachen der enormen Höhe der Zinsen und Schuldentlastung eingehen. Da finden wir all die Anleihen, die, um nur das Wichtigste zu nennen, durch Schulbauten, Wasserleitung, Kanalisation, Gaswerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn, Rathaus, Ankauf des Meierhofes Olderdissen, Krankenhaus erforderlich wurden. Kamen 1833 auf den Kopf der Bevölkerung etwa zwei, heute 30 Mark städtische Steuern, so wird dem Bürger auch sehr viel mehr geboten; er würde aber diese Belastung nicht ertragen können, wenn nicht auch der Wohlstand ganz außerordentlich gewachsen wäre. Immerhin erregt das rasche Wachsen der Kommunalsteuern ernste Bedenken. Es ist nicht zu verkennen, daß die Stadt darauf bedacht ist, sich eigene Einnahmequellen zu verschaffen (der Etat für 1908 weist unter den Einnahmen aus dem Betrieb städtischer Anstalten außer den 185000 Mk. des Gaswerkes noch 40000 Mk. aus der städtischen Sparkasse und 85000 Mk. aus dem Elektrizitätswerk auf) und auf dem von der Regierung gewiesenen Weg neben den Gemeindesteuern auch Gebühren und Beiträge zu entwickeln (der Etat für 1908 weist 80000 Mk. für Kehrichtabfuhr und Straßenreinigung, 83000 Mk. Umsatzsteuer, 113000 Mk. Kanalgebühren auf), aber hier harren der Stadtverwaltung noch große Aufgaben. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß Ende 1908 die neue Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung veröffentlicht werden konnte.

Ähnlich wie bei Bielefeld liegen die Dinge bei Herford und Minden. Die Gemeindeeinkommensteuer stieg 1895—1907 bei Herford von 170 auf 210 %, bei Minden von 130 % auf 171 %, die Grund- und Gebäudesteuer in demselben Zeitraum in Herford von 170 auf 210 %, in Minden von 130 auf 172 %, die Gewerbesteuer in Herford von 170 auf 210, in Minden von 130 auf 171 %<sup>110</sup>).

Wir fügen zum Vergleich die Zahlen für die prozentualen Zuschläge zu den Staats- oder staatlich veranlagten Steuern einiger Landgemeinden des Kreises Bielefeld bei.

	1859 <sup>141)</sup>				1908 <sup>142)</sup>		
	Grund- steuer	Klassen- steuer	Ein- kommen- steuer	Gewerbe- steuer	Grund- u. Gebäude- steuer	Ein- kommen- steuer	Gewerbe- steuer
Brackwede-Brock . . . . .	33 1/3	33 1/3	33 1/3		220	220	220
Isselhorst . . . . .	41 2/3	41 2/3	41 2/3		180	180	125
Kirchdorf Schildesche . . . . .	45 5/6	41 2/3	41 2/3		380	380	380
	bzw. 33 1/3						
Bilsendorf . . . . .	29 1/6	25	25		400	400	400
Heepen . . . . .	50	41 2/3	41 2/3		300	300	300
Kirchdornberg . . . . .	41 2/3	41 2/3	41 2/3	41 2/3	300	300	300

Ebenso für die vier Städte des Kreises Halle.

	1861 <sup>143)</sup>		1908 <sup>144)</sup>	
	Grund-, Klassen-, Ein- kommensteuer	Gebäude-, Gewerbe-, Einkommensteuer	Grund-, Gebäude-, Gewerbe-, Einkommensteuer	
Halle . . . . .	91 2/3		200	
Borgholzhausen . . . . .	66 2/3		208 1/3	
Versmold . . . . .	100		150	
Werther . . . . .	70 5/6		175	
			5*	

### Bauernfrage.

Für die preußische Regierung entstand die Frage, wie sie sich zur Bauernfrage stellen sollte.<sup>145)</sup> Eine Rückkehr zu den alten Zuständen oder zur Eigenbehörigkeit war ganz unmöglich. Die Wahl hatte man nur, ob man die fremdländische Gesetzgebung beibehalten oder die bäuerlichen Verhältnisse von sich aus ordnen wolle. Man entschied sich für letzteren Weg. Ein erster Versuch wurde mit dem Gesetz von 1820 gemacht und die Ausführung in die Hände der in Münster niedergesetzten Generalkommission gelegt, auf die von der Regierung in Minden die Auseinandersetzungsgeschäfte 1821 übergingen. Aber jenes Gesetz erwies sich als unzulänglich. Die bestehende Rechtsunsicherheit, die schon in der französisch-westfälischen Zeit beklagt worden war, wurde durch dies Gesetz nicht beseitigt. So wurden 1825 drei, übrigens ziemlich übereinstimmende, neue Gesetze gegeben, eins für die vormals bergischen, ein anderes für die vormals westfälischen, ein drittes für die vormals französischen Gebietsteile. Durch diese drei Gesetze wurden formell die fremdherrlichen Bestimmungen aufgehoben, aber der durch sie begründete Rechtszustand im großen und ganzen anerkannt. Ohne Entschädigung blieben aufgehoben die Eigenbehörigkeit und alle sich daraus ergebenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit, wozu auch ungemeine Dienste und Abgaben wie der Sterbefall gerechnet wurden. Dagegen blieben alle Verpflichtungen, die nicht die Person als solche erfassten, als Reallasten an den Stätten haften, also Abgaben wie Weinkauf, Korn- und Geldpachten, gemessene Dienste. Aber sie konnten nach der Ordnung von 1829 abgelöst werden. Solange dies noch nicht geschehen war, hatte der Besitzer nur das nutzbare Eigentum; in volles Eigentum ging ein Grundstück erst mit der Befreiung von allen Lasten über. Indessen das Ablösungswerk ging nur langsam vorwärts, bis das Jahr 1848 die Bewegung in Fluss brachte und die Gesetze von 1850 das Reformwerk abschlossen. Sehr erleichtert wurde die Ablösung durch die damals errichteten Rentenbanken. Für Westfalen entstand eine solche in Münster. Nachdem sämtliche auf einem Grundstück lastenden Reallasten in feste Geldrente verwandelt worden waren, fand die Rentenbank den Berechtigten durch Rentenbriefe ab, während sie selbst die Rente von dem Verpflichteten so lange fortbezog, als dies zur allmäßlichen Amortisation der Rentenbriefe nötig ist. Auf diese Weise sind auch in Minden-Ravensberg fast alle Reallasten abgelöst worden.

### Heerweisen.

Die allgemeine Wehrpflicht galt selbstverständlich auch für Minden-Ravensberg, und zu Tausenden enthandte jetzt wieder jahrein jahraus das Land seine Söhne in die preußische Armee. Viele dienten in der Garde, viele in der Kavallerie und den Spezialwaffen, aber am engsten verbunden mit unserem Gebiet sind zwei Infanterie-Regimenter, das 15. und das 55.<sup>146)</sup> Jenes ist das ältere. Es ist 1813/14 aus vier ostpreußischen Bataillonen gebildet worden und hieß zunächst 3. Reserve-Inf.-Rgmt., seit 1815 15. Inf.-Rgmt. Als solches hat es ruhmreichen Anteil an den Freiheitskriegen, namentlich an der Schlacht von Belle-Alliance genommen, aber dessen Schilderung haben wir uns versagen müssen, da das Regiment damals noch keine Beziehung zu Minden-Ravensberg hatte. Erst 1816 erhielt es in Westfalen seine Garnisonen, und zwar zunächst das 1. Bataillon in Münster, das 2. in Bielefeld, die Füsilier in Herford. Oft wechselte das Regiment seinen Standort, aber 1820 bekam das 1. und 2. Bataillon seine mit geringen Ausnahmen dauernde Garnison in Minden; das Füsilierbataillon kam zunächst nach Bielefeld, 1877 aber zu den anderen

Bataillonen gleichfalls nach Minden. Seit 1863 heißt das Regiment 2. westfäl. Inf.-Regmt. Nr. 15 (Prinz Friedrich der Niederlande). Prinz Friedrich, Neffe Friedrich Wilhelms III., war von 1816—1881 Chef des Regiments; er hat das Regiment durch viele Beweise seines Wohlwollens ausgezeichnet. Ihm folgte 1892 in der Würde eines Chefs die Königin-Regentin der Niederlande, Emma.

Bei der Heeresreorganisation ging aus dem 15. ein neues Regiment hervor; als kombiniertes 15. Inf.-Regmt. gebildet bekam es 1860 den Namen 6. westfäl. Inf.-Regmt. Nr. 55 und wurde mit seinem Mutterregiment und den zwei entsprechenden Landwehrregimentern zur 26. Infanterie-Brigade vereinigt, deren Stab 1875 von Münster nach Minden verlegt wurde. Seit 1889 heißt es nach Bülow v. Dennewitz, der bis zu seinem Tode Chef des 15. Inf.-Regmts. gewesen war. Garnison für das 1. Bataillon war zunächst Minden, für das 2. Höxter, für die Füsilierbataillone Herford. Zuerst bekam es seinen Ersatz zusammen mit dem 15. Inf.-Regiment aus den Landwehrbezirken Minden, Paderborn und Bielefeld. Aber 1867 ward durch Militärkonvention mit Lippe das lippische Füsilierbataillon aufgelöst und dafür das Füsilierbataillon 55 von Herford nach Detmold verlegt, und nun wurden Paderborn und Detmold Ersatzbezirke des Regiments. Wieder enger geknüpft wurden die Beziehungen derselben zu Ravensberg, als 1877 das 2. Bataillon von Höxter nach Bielefeld verlegt wurde, während das 1. Bataillon 1877 von Minden nach Soest, 1886 von da nach Höxter kam. Jetzt besteht das 2. Bataillon zum großen Teil aus Zweijährig-Freiwilligen des Stadt- und Landkreises Bielefeld.

Die Landwehrorganisation durchlief folgende Stadien:

1817 wurden das 2. und das 5. Westfälische Landwehrregiment dem 15. Infanterie-Regiment zugeteilt und bildeten mit ihren 4 Bataillonen eigentlich ein Regiment, hießen aber 1. und 2. Mindensches Regiment. Stabsquartier des ersten wurde Herford und Minden, des letzteren Paderborn. 1820 fand eine Umformung statt; aus den vier Bataillonen des 1. und 2. Mindenschen Regiments wurden drei Bataillone geformt, die das 15. (Mindensche) Regiment bildeten. Davon lag das 1. Bataillon in Minden, das 2. in Paderborn, das 3. in Bielefeld. Das 13. und das 15. Landwehrregiment bildeten die 13. Landwehrbrigade. 1852 wurden die Infanteriebrigaden so formiert, daß sie aus je einem Linien- und dem gleichnamigen Landwehrregiment bestanden, also die 26. Brigade aus dem 15. Infanterie- und dem 15. Landwehrregiment. Nach der Landwehrbezirkseinteilung von 1842 gehörten beim 15. Landwehrregiment zum 1. Bataillon (Minden) die Kreise Minden, Lübbecke und ein Teil des Kreises Herford, zum 2. Bataillon (Paderborn) die Kreise Büren, Warburg, Höxter und ein Teil des Kreises Paderborn, zum 3. Bataillon (Bielefeld) die Kreise Halle, Wiedenbrück, Bielefeld und Teile der Kreise Paderborn und Herford.

1868 trat das Bataillon Paderborn als 2. Bataillon zum 55. Landwehrregiment über. Nun wurde bis einschließlich 1888 in der Rangliste geführt:

2. Westfälisches Landwehr-Regiment 15: 1. Bataillon (Minden), 2. Bataillon (Bielefeld).

6. Westfälisches Landwehr-Regiment 55: 1. Bataillon (Detmold), 2. Bataillon (Paderborn).

Mit dem Jahr 1889 wurde bei den Bezirkskommandos die Bezeichnung Landwehr-Regimenter durch den Namen Landwehr-Bezirke ersetzt. Zum Landwehr-Bezirk Minden gehören die Kreise Minden und Lübbecke, zum Landwehr-Bezirk Bielefeld die Kreise Bielefeld Stadt und Land, Halle, Wiedenbrück, Herford,

zum Landwehr-Bezirk Paderborn die Kreise Paderborn, Warburg, Höxter, Büren. Der Kreis Herford wurde 1893 zum Landwehr-Bezirk Detmold verlegt.

1816 begann man Minden als Festung auszubauen und zum Hauptwaffenplatz Westfalens zu machen; es wurde aber nach 1870 entfestigt. An die frühere Zeit erinnert jedoch, daß es noch heute eine starke Garnison hat: außer dem 15. Infanterie- regiment das 10. Pionierbataillon und die 2. Abteilung des Feldartillerieregimentes Nr. 58. Vorübergehend hat auch das 16. Infanterieregiment in Minden und Bielefeld gestanden.

### Die Revolutionszeit.

Ein lebhafteres politisches Interesse erwachte in Minden-Ravensberg wie anderwärts mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. und zwar wohl am meisten in Bielefeld.<sup>147)</sup> In Herford wird über eine gewisse Schläfrigkeit, über Mangel an geistigen Interessen geklagt, und auch Minden war als Festung und Sitz einer Regierung nicht der geeignete Boden zur Entwicklung regen politischen Lebens. Besonders eifrig war eine politisch und wirtschaftlich radikale Partei, für die der praktische Arzt Dr. Lüning in Rheda im Westfälischen Dampfboot 1845 ein eigenes Organ schuf. Vielleicht der bedeutendste Vertreter dieser Richtung in ganz Westfalen war der Bielefelder Rudolf Rempel,<sup>148)</sup> ein Mann von ungewöhnlicher agitatorischer Begabung, tatkräftig und rücksichtslos, ebenso beliebt bei seinen Anhängern als gehaßt bei seinen Gegnern. Viel Aufsehen machte im Jahre 1845 die sogen. Jenafeier am 14. Oktober, bei der man sich, wie ein Verteidiger sagte, gleichsam zur Vorfeier von Königs Geburtstag der durch die Schlacht bei Jena herbeigeführten Befreiung von den Teufeln mittelalterlicher Zustände erinnern wollte. Daß man aber, aus welchen Gründen immer, den Jahrestag der schlimmsten Niederlage Preußens festlich beginng, zeigte, welchen Grad die Verbitterung erreicht hatte. Das Ungeheure der Zustände trat auch grell zutage in einer Reihe von Konflikten zwischen dem gebildeten Bürgerstand und dem Offizierkorps des in Bielefeld garnisonierenden Füsilierbataillons des 15. Regimentes, die beinahe dazu geführt hätten, die Garnison zu verlegen.<sup>149)</sup> Die Herforder bemühten sich, sie in ihre Stadt zu ziehen und glaubten ihres Erfolges sicher zu sein, als das Bataillon am 4. Oktober 1847 bei ihnen einrückte. Aber wie sehr waren sie enttäuscht, als am folgenden Tag eine telegraphische Nachricht die Truppe nach Bielefeld zurückrief. Ein unangenehmer Streit entstand nunmehr über die Frage, ob der Rücktritt des Bielefelder Abgeordneten zum Vereinigten Landtag und des Stadtverordnetenvorstehers Johanning, der in jene Händel zwischen Militär und Zivil verwickelt worden war, zur Bedingung der Belassung der Garnison gemacht worden sei.

Nicht berührt von der durch die erwähnten Umstände hervorgerufenen Erregung verharrte unterdes die Masse namentlich der ländlichen Bevölkerung in altererbter Königstreue, hingeben allein den Sorgen des täglichen Lebens. Und schwer genug drückten diese damals. Waren es doch die Jahre, wo das Weber- und namentlich Spinnereiland seinen Höhepunkt erreichte. Spinnerei und Handweberei waren aber die Haupterwerbszweige im Ravensbergischen. Dazu mißriet 1846 und 1847 die Ernte. Furchtbar war trotz staatlicher und privater Hilfe die Not; die Bettelei nahm überhand, es wurden Drohungen gegen die Maschine und diejenigen, die den Maschinenbetrieb an Stelle der Handarbeit setzen wollten, laut, aber nirgends regte sich Widersetzung gegen die Behörde.

Da kamen die Nachrichten von der Februarrevolution in Paris, von ihrer Rückwirkung auf Deutschland und Preußen, vom Patent vom 18. März und von

den Kämpfen in Berlin. Nun brachen auch in Minden-Ravensberg Unruhen aus. Namentlich gärte es unter den Hauerlingen und kleinen Besitzern, die durch den Rückgang des Leinengewerbes in Not geraten waren oder sich über Gemeinheitsteilungen und hohe Mieten für Land und Wohnung beschwerten. Am schlimmsten ging es in Spenge zu. Hier erschien abends 10 Uhr am 22. März eine Rotte von 200 Menschen, beschädigte und plünderte die Wohnungen mehrerer Einwohner und wandte sich dann gegen die adeligen Güter Mühlensburg und Werburg. Politische Gründe lagen hier so wenig wie an anderen Orten vor, wo es auch zu Tumulten kam. In Gohfeld z. B. wurde das Pfarrhaus überfallen und der Pastor Hartmann mit dem Tode bedroht, wenn er — es war die Zeit der ersten Märschbewegung — wieder gegen den Branntwein predigte.<sup>150)</sup> Anderwärts wurden die Amtmänner bedroht. Der Unfug verbreitete sich auch teilweise über die kleinen Städte, in den größeren kam es nur zu unbedeutenden Exzessen; so im Buchthaus zu Herford. In Minden begnügten sich die unteren Volksklassen mit Ratschenmusiken. Der Regierung standen nur wenig Truppen zur Verfügung, diese durchzogen in mobilen Kolonnen das Land und nahmen Verhaftungen vor, so wurden aus Spenge zahlreiche Personen nach Herford geführt, darunter Weiber und Knaben, die meisten aber sofort entlassen. In Dornberg griffen die Kolonien den Tagelöhnnern gegenüber, die unter dem Versprechen späterer Abrechnung Korn verlangten, zur Selbsthilfe, warfen den Anführer in den Teich und lieferen ihn auf dem Sparenberg ab. Sonst hatten Bürgerwehr oder Sicherheitsvereine, die sich überall gebildet hatten, für Ordnung zu sorgen. Zu diesem Zweck wurden sie möglichst mit Waffen aus den Depots versehen, zum Teil hatten sie diese aber selbst zu beschaffen. Die Bewaffnung bestand nur zum Teil aus Gewehren, sonst aus Lanzen oder auch nur aus Knütteln. In Minden trat v. Pogrell an die Spitze, in Herford Gerichtsdirektor Beckhaus, in Bielefeld Kaufmann Johanning, in Spenge Pastor Weihe. So groß der Eifer anfangs war — in Herford musste das Lehrerkollegium die Schießübungen der Gymnasiasten regeln und auf die zwei obersten Klassen einschränken — bald erkaltete er, und Ordnung und Einigkeit ließen viel zu wünschen übrig.<sup>151)</sup> Wenn auch die bloße Existenz dieser Wehren manchen Unfug verhindert haben mag, so war es doch gut, daß sie auf keine ernsthafte Probe gestellt wurden, sonst wäre es wohl so gegangen wie Mai 1848 in Werther, wo bei einem Tumult die meisten Mannschaften zu Hause blieben und die wenigen erschienenen Wehrmänner von den Tumultanten auseinandergesprengt wurden. Nachdem aber die oben geschilderten ersten Ausbrüche erfolgt waren, kam es nicht wieder zu größeren Ausschreitungen. Auch die Einberufung der Landwehr im Mai 1849, die anderwärts in Westfalen zu offenem Aufruhr führte, vollzog sich in unserer Gegend ohne



Rudolf Nempp. Nach einer Photographie.

Störung. Ebenso wenig kam man dem Beschuß der Steuerverweigerung durch die Berliner Nationalversammlung nach, wenn ihm auch hie und da das Wort geredet wurde, vielmehr erklärte sich mancher bereit, die Steuer vorauszubezahlen.

Bließ äußerlich im großen und ganzen die Ordnung gewahrt, so wirbelten um so heftiger die Meinungen durcheinander. Es gab genug Leute, die der neuen Erscheinung mit größter Sorge gegenüberstanden, sie kamen aber zunächst nicht zu Wort, laut begrüßte man vielmehr die Ereignisse als Beginn eines neuen Zeitalters und gab sich den kühnsten Hoffnungen hin; es hat etwas Rührendes, zu sehen, wie man in den Märzerrungenshaften ein Allheilmittel erblickte. Selbst maßvolle Männer feierten die Märzgefallenen als Helden, die um die Sache des Vaterlandes gestorben waren: unter diesem Titel wurde für sie in der Neustädter Kirche zu Bielefeld am 25. März eine Totenfeier mit Chorälen veranstaltet<sup>152)</sup>. Worin freilich der neue Zustand bestehen sollte, darüber herrschte die größte Unklarheit. Es bildeten sich Vereine, die Gemäßigteren fanden sich in konstitutionellen Klubs zusammen, die Radikalen gründeten demokratische Vereine, besonders in Bielefeld, das zum demokratischen Kreishauptort für ganz Westfalen erhoben wurde. Die Fortgeschrittenen suchten sich auch die sogen. Bildungsvereine botmäßig zu machen. Aber auch wo die gleichen Parteinamen gebraucht wurden, deckten sie keineswegs immer dieselben Bestrebungen. Als die Kaiserdeputation 1849 auf dem Weg nach Berlin auch in Minden-Ravensberg feierlich empfangen wurde, war in Minden auch der Demokratische Verein zugegen, aber der demokratische „Volksfreund“ hatte für die schwarz-rot-goldene Affenkomödie nur Spott und Hohn. Und im Bielefelder Konstitutionellen Verein fanden sich Männer so verschiedener Richtung zusammen, daß ein einheitliches und entschlossenes politisches Handeln unmöglich war und schon Anfang 1849 keine Sitzung mehr zustande kam.<sup>153)</sup> Der Demokratische Verein der gleichen Stadt war in sich geschlossener, was die Persönlichkeit seines Leiters Rempel bewirkte. Die beiden Vereine lagen in heftigster Fehde miteinander.

Außerordentlich belebend wirkte die Bewegung auf die Presse. Es entstanden neue Blätter und die vorhandenen bekamen eigentlich erst jetzt einen politischen Charakter.<sup>154)</sup> In Bielefeld öffneten die Öffentlichen Anzeigen den Worführern der verschiedenen Parteien ihre Spalten. Aber im Ravensbergischen Volksblatt, das ihnen 1848—1849 beigegeben wurde, vertrat Professor Jüngst mit Wärme und Geschick den konstitutionellen Standpunkt. Rempel begründete dort den Volksfreund mit dem Motto: „Freiheit, Wohlstand, Bildung für Alle“ als Wochenschrift für Westfalen. Zweiter und zuletzt einziger Redakteur wurde Wolff. Ideal des Volksfreundes war die soziale Republik, seine Sprache war von einer heute unerhörten Zügellosigkeit, die dem Redakteur Wolff mehrfach Bestrafung zuzog. In Herford gelangte Professor Kindermann schließlich von maßvoller Aufängen zu der Alternative: „Kosakisch oder republikanisch, von einem Mittelweg kam nicht mehr die Rede sein“. So äußerte er sich 1851 im Hahn, einer Zeitung, die aus dem von Oberlehrer Quidde redigierten radikalen Boten für Stadt und Land entstanden war und deren eigenständiges Schicksal wir weiter unten verfolgen wollen. Anfänglich hatte Kindermann seine Ansichten im Westfälischen Volksblatt verfochten, das aber schon März 1849 eine ganz andere Färbung bekam und unter der Redaktion des Gymnasiallehrers Göcker der Revolution scharf entgegnetrat. Für die konstitutionellen Ideen trat das erst von Dr. Hölscher, dann von Professor Werther redigierte Kreisblatt (gegründet 1846) ein. In Minden wollte das Sonntagsblatt unbedingt konstitutionell sein, indes der Konstitutionelle Verein behauptete mit mehr Recht, daß es keine bestimmte Farbe habe, und dachte an Gründung eines eigenen Organs. Bei Eßmann erschien

ein radikales Blatt. Charakteristisch für die Presse jener Tage sind die zahlreichen persönlichen Angriffe, die aus dem Publikum heraus vielfach anonym erfolgten.

Eine Errungenschaft der Märztagen waren die Volksversammlungen. In Herford wurde die erste am 16. April unter freiem Himmel gehalten. Ein Berichterstatter war höchst befriedigt und fühlte sich um zehn Jahre verjüngt, ein anderer beklagte die vollständige Ergebnislosigkeit. In Minden ging man aufänglich scharf ins Zeug und hielt regelmäßige wöchentliche Volksversammlungen. Aber bald nach den Wahlen zog sich die „stabile“ Partei zurück, und die Teilnahme wurde so gering, daß sie nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden konnten. In Bielefeld wollten die Konstitutionellen von Volksversammlungen nichts wissen, die Demokraten hielten eine solche z. B. in Brackwede am 22. Oktober 1848 ab. Sie soll von 2500, nach anderer Nachricht von 500 Personen besucht worden sein. Man hatte Unruhen erwartet, diese blieben aber aus. Beschlossen wurde eine Adresse, in der man der Frankfurter Nationalversammlung sein Misstrauen aussprach und den Bielefelder Abgeordneten aufforderte, sein Mandat niederzulegen.

Zahlreich und der mannigfachsten Tendenz waren überhaupt die Adressen und Petitionen, die verfaßt wurden. So forderte der Bielefelder Konstitutionelle Verein am 18. September 1848 das Staatsministerium auf, die Nationalversammlung in eine andere Stadt zu verlegen, weil sie sich in Berlin im Zustande der Unfreiheit befände, und am 2. November erließ er im Gegensatz zu dem obigen Beschuß der Demokraten eine Vertrauensadresse nach Frankfurt. In Herford verfaßten die Presbyter eine Eingabe an die Nationalversammlung gegen die Befreiung der Schule von kirchlicher Aufsicht, eine Anzahl Einwohner aus Lübbecke aber empfahl eine Petition an das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten allen denen zur Nachfolge, welche geistige und geistliche Knechtschaft hassen. Es kam auch vor, daß eine solche Adresse persönlich überreicht wurde. So erschien in Berlin am 29. Juni 1848 aus Rheinland und Westfalen eine Anzahl Deputierter mit einem Antrag, nötigenfalls auch gegen innere Feinde das Heer zu verwenden. Unterzeichnet hatten u. a. Einwohner aus Blotho, Herford, Enger.

Ebenso mannigfach und einander entgegengesetzt waren die Zwecke der Sammlungen, die zahlreich veranstaltet wurden. Im Herforder Kreisblatt finden sich Quittungen von Geldern für die Hinterbliebenen der Märzgefallenen, für die z. B. die Oberteria des Gymnasiums in Herford 2 Thlr. spendete, und später solche für die Berliner Besatzung, die während des strengen Dienstes im Winter 1848/49 erfrischt werden sollte. Bei den 392 Thlr. dagegen, die am 1. April 1848 aus Minden nach Berlin geschickt wurden, war bestimmt worden, sie wären für die Verwundeten, Witwen und Waisen aus den Märztagen unter gleichmäßiger Be rücksichtigung sowohl des Zivils als Militärs zu verwenden.

Oft besuchten die Führer Parteikongresse. In Bielefeld wurde ein solcher seitens der ultra-demokratischen Partei am 10. und 11. September 1848 abgehalten. Rempel und Referendar Banski aus Bielefeld nahmen an dem Kongreß am 18. und 19. November 1848 in Münster teil, der sich auf den Standpunkt der Nationalversammlung stellte und also auch die Steuerverweigerung gut hieß. Dafür wurden sie angeklagt, sie entzogen sich aber der Verhaftung durch die Flucht. Beide kehrten 1849 mit einem Geleitsbrief zurück. Eine gerichtliche Bestrafung scheint nicht erfolgt zu sein. Dagegen wurde ihr Landsmann und Gefinnungsgenosse, Bierbrauer Nasse, wegen „entfernten Versuches zur tatsächlichen Widerseglichkeit“ vom Herforder Schwurgericht mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Schlimmer kam Eisenbahnoffiziant Seher aus Minden weg, der den Freischaren in Baden 1849 zu Hilfe

geeilt und dabei in Gefangenschaft geraten war; er wurde von demselben Gerichtshofe für schuldig befunden und erhielt 6 Jahre.

Überblickt man diese mannigfachen Äußerungen der öffentlichen Meinung, so könnte man wohl zu der Ansicht kommen, daß die Männer, die in schärferer oder gemäßigterer Weise die Ideen von 1848 vertraten, bedeutend in der Mehrheit waren. Sie mochten das auch selbst meinen, aber wie enttäuscht waren sie durch die Wahlen! Deutlich sieht man, wie ungewohnt die Sache der Bevölkerung war. Vielfach war sie ganz ratlos. In Herford wurde in den ersten Volksversammlungen der vernünftige Vorschlag gemacht, ein Wahlkomitee zu bilden, aber abgelehnt. Ebenso wenig wollte man von Zusammenkünften der Urwähler der einzelnen Wahlbezirke wissen; man fürchtete, darunter würde die freie Überzeugung jedes Urwählers leiden. Natürlich bemühten sich nun doch die politischen Vereine, die Wähler in ihrem Sinn zu lenken, und ebenso machten viele einzelne mit Namensunterschrift oder anonym ihre Vorschläge in der Presse oder suchten persönlich ihre Mitbürger zu beeinflussen. Und das Ergebnis? Für Bielefeld sprach es Jüngst mit bezeichnenden Worten aus: „Es haben immer nur zwei Parteien im Vordergrund gestanden, die konstitutionelle und die radikale, sie haben beide um den Sieg im Wahlkampf gerungen, und nun geht plötzlich eine dritte Partei, die konservative des alten Stils, mit der Siegesbeute davon“.<sup>155)</sup> Die Wahlmänner der Stadt, heißt es in demselben Blatt, hielten bei beiden Wahlen an liberalen Wahlmännern fest, wurden aber durch die Landgemeinden überstimmt, die sich dem Einfluß einiger Geistlichen hingaben. Im Herforder Kreisblatt wird Pastor Volkening in Töllenbeck für die Wahl Schreibers ins Frankfurter Parlament verantwortlich gemacht. Ebenso wird in Minden neben dem Einfluß der burokratischen Amtsmänner der der Geistlichkeit hervorgehoben und prophezeit, daß sich dieser bei den nächsten Urwahlen noch mehr geltend machen wird.

Wir treffen also auf die Verquickung von Politik und Religion, die überhaupt für das politische Leben Preußens und insbesondere unserer Gegend charakteristisch und verhängnisvoll ist. Nach vulgärer Ansicht muß konservative oder liberale Gesinnung im Staat und in der Kirche Hand in Hand gehen. Der obengenannte Jüngst gab dieser Ansicht wieder klaren Ausdruck: „Wer dem strenggläubigen System angehört, das unter Eichhorn siegreich war zum Verderben für die Wohlfahrt Preußens, kann nicht freiinnig in politischer Beziehung sein, er muß — wenn er sich selbst treu bleibt — dem früher bestandenen Zustande anhangen.“<sup>156)</sup> Während Jüngst, selbst religiös freiinnig, einen hohen Wert auf Religion legte, so ging die radikale Presse weiter. Der Volksfreund ist ein bezeichnendes Beispiel. Er schrieb u. a.: der Pietismus, d. h. die Macht des Pfaffentums, sei die gewaltigste aller reaktionären Mächte, deshalb müsse es gestürzt werden. Besonders die Missionsfeste waren ihm ein Dorn im Auge. Aber nicht nur eine bestimmte Richtung in der Kirche, sondern das Christentum selbst und jede positive Religion ward bekämpft. Kindermanns Standpunkt wird dadurch gekennzeichnet, daß er für die von Pastor Schrader in Holzhausen in der Porta gegründete freie Gemeinde Partei nahm und mit Beziehung auf das neuerrichtete christliche Gymnasium gegen die „Irrenanstalt in Gütersloh“ wetterte. Nun müssen wir uns vergegenwärtigen, welche religiöse Bewegung gerade damals durch Minden-Ravensberg ging, um begreiflich zu finden, daß die von ihr ergriffenen Geistlichen den Ideen von 1848 nicht gewogen waren. Sie konnten nicht wünschen, daß dem König, der ihnen religiös so nahe stand, die Macht geshmälerzt würde. Die Stimmung der ländlichen Bevölkerung kam ihnen auf halbem Wege entgegen, und so erklärt sich der

geschilderte Ausfall der Wahlen. So erklärt es sich auch, daß mehrfach Geistliche und zwar solche der strengen Richtung (Huchzermeier-Schildecke,<sup>157)</sup> Ameler in Herford) als Abgeordnete erscheinen. Überhaupt hat Minden-Ravensberg in jenen Jahren keinen einzigen radikalen Vertreter gehabt. Ziegert-Minden, Abgeordneter in Frankfurt, der ob seiner freisinnigen Haltung wiederholt aus seinem Wahlkreis Aufschüttungen zu erfahren hatte, gehörte doch nicht zur eigentlichen Linken. Nachdem er zunächst die am 14. Mai für die preußischen Abgeordneten erlassene Abberufungsordre für nicht bindend erklärt hatte, schied er doch infolge der am 26. d. Mts. gefassten Beschlüsse freiwillig aus der Versammlung aus. Und Schulze, stellvertretender Abgeordneter Mindens in der Berliner Nationalversammlung, widersegte sich zwar anfangs (am 9. Mai 1848) der Verlegung und Vertagung derselben und trennte sich so von den Abgeordneten Gellern und Krüger, mit denen er bis dahin in allen Hauptpunkten einig gewesen war, fand sich dann aber mit ihnen wieder zusammen, indem er nach Wiedereröffnung der Versammlung in Brandenburg dort erschien.<sup>158)</sup> Andererseits reichte der Einfluß der geistlichen Führer nicht so weit, daß sie die Heizsporne und Häupter der Gegenrevolution durchbrachten: Leo, Kleist-Rezow und Stahl wurden von den Wählern zurückgewiesen. Und als bei den ersten Klassenzwahlen 1849 die Demokraten wegen Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts nicht mitwählten und deshalb auch im Haus nicht vertreten waren, gehörten die Vertreter von Herford-Halle-Bielefeld zur Linken oder zur Mittelpartei (damals Zentrum genannt) und nur die von Minden zur Rechten. Bei diesen Wahlen, bei denen für die erste Kammer 1850 und für das Erfurter Volkshaus machte sich übrigens schon Wahlmüdigkeit bemerkbar. Mit ihren Wählern setzten sich die Abgeordneten persönlich oder durch Berichte über ihre Tätigkeit in Verbindung, die sie in den Zeitungen veröffentlichten. Besonders fleißig war der Abgeordnete Ziegert, der nicht weniger als 40 eingehende Berichte im Mindener Sonntagsblatt veröffentlichte. Begreiflicherweise bemühten sie sich auch um die Sonderinteressen ihres Wahlkreises. So befürwortete Herr v. Borries die Verlegung des Landgerichts nach Herford, vor allem aber beschäftigte die Abgeordneten unserer Gegend nicht ohne Erfolg Spinner- und Webernot.

Es wird interessieren, wie damals die Wahlbezirke waren.<sup>159)</sup> Für die Frankfurter Nationalversammlung wurden deren vier gebildet. Der erste umfaßte den ganzen Kreis Minden und aus dem Kreis Herford die Ämter Blotho und Gohfeld, der zweite den ganzen Kreis Lübbecke und aus dem Kreis Herford die Ämter Mennighüffen, Hiddenhausen, Bünde und Rödinghausen, der dritte aus dem Kreis Herford die Stadt Herford sowie die Ämter Herford, Enger, Spenge und aus dem Kreis Bielefeld die Stadt Bielefeld und die Ämter Schildecke, Heepen, Töllenbeck und Brackwede, der vierte den ganzen Kreis Halle, aus dem Kreis Bielefeld die Ämter Dornberg und Isselhorst und den Kreis Wiedenbrück außer dem Amt Verl. Für das Erfurter Volkshaus wählten zusammen im 1. Wahlbezirk die Kreise Minden und Lübbecke mit Ausnahme zweier Ämter, im 2. der Kreis Herford, die Ämter Rehme und Schnathorst und vom Kreis Bielefeld die Ämter Töllenbeck, Schildecke, Heepen und Dornberg, im 3. die Kreise Wiedenbrück und Halle und vom Kreis Bielefeld die Stadt Bielefeld und die Ämter Brackwede und Isselhorst, schließlich das Paderborner Amt Delbrück. Für die Wahlen zur 1. Kammer wurde aus Minden-Ravensberg und einem Teil des Kreises Wiedenbrück ein einziger Wahlkreis gebildet. In die Berliner Nationalversammlung entsandte jeder der Kreise Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Halle seinen Vertreter. Für die 2. Kammer (vom Jahr 1856 an gemäß dem Gesetz von 1855) Haus der Abgeordneten ge-

nannt) wurden die Wahlkreise gesetzlich erst 1860 festgelegt, so daß von damals an in der heutigen Weise Minden-Lübbecke (Minden 1) und Herford-Halle-Bielefeld (Minden 2) zusammenstimmen. Vorher wurden sie von den Bezirksregierungen vor Beginn jeder Legislaturperiode neu gebildet. Es wählten 1849—1855 die größeren nördlichen Teile von Minden und Lübbecke 2 Abgeordnete, Herford und die kleineren südlichen Teile von Minden-Lübbecke zwei Abgeordnete, Halle und Bielefeld mit dem nördlichen Teil von Wiedenbrück 2 Abgeordnete, 1855—1861 Minden mit dem einen Teil von Herford 2 Abgeordnete, Lübbecke mit dem anderen Teil von Herford 2 Abgeordnete, Halle und Bielefeld mit Wiedenbrück 3 Abgeordnete.

### Die Reaktion.

Die Reaktion machte sich zunächst bei der Presse geltend, die durch die provisorische Preszverordnung vom 5. Juni 1850 und das Westphälische Preszgesetz von 1851 in die Hand der Regierung gegeben worden war. Gerichtet waren Verordnung und Gesetz vor allem gegen die kleineren demokratischen Blätter, und in der Tat fielen ihr sowohl Volksfreund als Hahn zum Opfer. Der Volksfreund erschien seit 1. Jan. 1849 nicht mehr in Bielefeld, sondern in Lemgo, also im Auslande. Als ausländisches Blatt konnte er aber nach jener Verfügung verboten werden, und das geschah schon am 28. Juni 1850. Da er nun aus Preußen seine Lebenskraft gesogen hatte, ging er sofort ein. Interessant ist der Kampf, den der Hahn um seine Existenz führte. Um der Kautionspflicht zu entgehen, der alle monatlich oder in kleineren Zwischenräumen erscheinenden Blätter unterlagen, gab Kindermann 7 Blätter unter verschiedenen Titeln (Hahn, Hechel usw.) heraus, von denen jedes nur alle 6 Wochen erschien. Aber das Appellationsgericht zu Paderborn erachtete diese 7 Blätter 1851 für ein Blatt und nahm Kindermann in eine Strafe von 60 Rtlr. Das Geheime Obertribunal bestätigte dies Urteil. Kindermann ließ nun wieder wöchentlich nur ein Blatt erscheinen (Der Hahn für Stadt und Land), aber im Ausland, in Lemgo. Eine von der Mindener Regierung befohlene Beschlagnahme wurde durch das Kreisgericht zu Herford wieder aufgehoben. Auch eine 1852 gegen Kindermann erhobene Anklage blieb erfolglos. Nun ging aber die Polizei gegen die Boten, Abonnenten und Wirte, die das Blatt auslegten, mit Drohungen und Verboten vor, und dadurch ließ sich eine Anzahl Abonnenten beeinflussen. Da ließ Kindermann an die Stelle des Hahns zunächst wieder den Leuchtturm treten. Weil aber ein neues preußisches Gesetz erschien, das alle Blätter, die Anzeigen gegen Entgelt aufnahmen, einer Stempelsteuer unterwarf, so gab er seit Juli d. J. statt des Leuchtturms einen Allgemeinen Anzeiger heraus, der sämtliche Anzeigen gratis brachte, und legte diesem Flugschriften bei, die seine Ideen vertraten; dabei erlaubte er sich den Scherz, als Verfasser derselben bekannte Persönlichkeiten der angefeindeten Partei (z. B. Wolkenberg) anzugeben. Da aber griff der Fürst von Lippe ein und verbot im September 1852 dem Verleger den weiteren Druck des Anzeigers. Ob der Anzeiger nunmehr, wie der Redakteur in Aussicht stellte, nach Waldeck oder Hannover auswanderte, können wir nicht sagen. In Minden versuchte sich Eßmann der Kautions auf dieselbe Weise zu entziehen wie Kindermann, hatte aber ebensowenig Glück.

Durch die neuen Preszbestimmungen wurden aber nicht nur die radikalen Zeitungen betroffen. Da der Verleger des Herforder Kreisblattes die für politische Blätter vorgeschriebene Kautionssumme nicht erlegen konnte, so mußte er sich von nun an aller Politik enthalten, und dies ist wohl der Grund, warum bald darauf

(Oktober 1850) Professor Werther die Redaktion niederlegte. Der Jahrgang 1851 bringt dann nur Anzeigen, Vermischtes, Landwirtschaftliches. Ähnliche Gründe bestimmten wohl die Öffentlichen Anzeigen der Grafschaft Ravensberg dazu, in den ersten fünfziger Jahren auf alle politische Betätigung zu verzichten.

Auch fehlte es nicht an anderen Maßregelungen. Oberlehrer Quidde in Herford wurde vom Disziplinargerichtshof wegen Herausgabe des Boten für Stadt und Land seines Amtes entsezt, dem demokratischen Gymnasiallehrer Dr. Herzberg in Minden, der freiwillig sein Amt niedergelegt hatte, die Erlaubnis verweigert, Privatstunden zu geben. Eigentümlich berührt es, wie man auch gegen königstreue Männer vorging. Zur Vorbereitung für die Neuwahlen 1852 hatte Harkort, der in den Bewegungsjahren so tapfer der Revolution entgegengetreten war, in Braunschweig einen Wahlkatechismus erscheinen lassen, in dem er ebenso tapfer vor der Reaktion warnte. Die preußische Polizei verfolgte diese Schrift überall und beschlagnahmte auch 80 Exemplare bei Kaufmann Möller auf dem Kupferhammer (seit 1850 Abgeordneter für Bielefeld-Halle-Wiedenbrück). Das Kreisgericht in Bielefeld hob diese Beschlagnahme auf, und der Einspruch, den die Staatsanwaltschaft erhob, blieb erfolglos.

Wie war nun die öffentliche Stimmung? Die Mindener Regierung berichtet Frühling 1852, sie habe sich gegen das Vorjahr beruhigt. Auch die Wahlen des Jahres fanden unter keiner regen Beteiligung statt, sie fielen aber nicht im Sinne der Regierung aus, sondern sämtliche Abgeordnete dieser Legislaturperiode gehörten schließlich zur Linken; zu dieser rechnete sich jetzt bezeichnenderweise auch Gellern, den wir früher und später auf der Rechten finden.

Ein anderes Resultat ergaben erst die Wahlen von 1855 und die in dieser Legislaturperiode nötigen Ersatzwahlen: die Gewählten gehörten wohl alle der Rechten, zum Teil der äußersten Rechten (Fraktion von Gerlach) an. Es befanden sich darunter Marcard, Landrat v. d. Horst auf Hollwinkel (Kr. Lübbeke), Finanzminister v. Bodelschwingh. Dieser Umschwung ist auf die Einwirkung des neuen Regierungspräsidenten Peters, früher Polizeipräsident in Königsberg, zurückzuführen. Auf die in der Reaktionszeit übliche Weise suchte er die Stimmung und Abstimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. In Minden gründete er die Patriotische Zeitung, die von einem gewissen Lindenberg redigiert wurde, der sich vorher als Leiter des Königsberger Freimütigen gefürchtet gemacht hatte. Er ist derselbe Lindenberg, der im Leben Wilhelms I. eine Rolle spielt. Letzterer war 1855 als Militär-Gouverneur von Rheinland-Westfalen nach Minden gekommen; da berichtete Lindenberg über angebliche Äußerungen des Prinzen, der damals in Opposition zu der Regierung stand, an General von Gerlach, der zu den Häuptern der Kamarilla gehörte. Der Brief wurde mit anderen gestohlen und kam an die Öffentlichkeit. Lindenberg wurde — keineswegs zum erstenmal — verurteilt, aber vom König begnadigt, nachdem der Prinz seine Einwilligung dazu gegeben hatte.<sup>160)</sup>

Auch sonst gewinnt man aus den Blättern Kindermanns den Eindruck, daß, wenn sie auch vieles einseitig und falsch darstellen, in den Reaktionsjahren doch namentlich in Minden von Regierungsseite manches geschah, was besser unterblieben wäre. Nicht überall ging es indessen nach dem Wunsche der Machthaber. Besonderen Verdruß erregte es, daß 1858 Nempel in Bielefeld, der sich nach seiner Rückkehr aus Paris von der höheren Politik zurückgezogen, dafür aber eine um so regere geschäftliche und gemeinnützige Tätigkeit entfaltet hatte, zum Stadtverordneten gewählt wurde.

### Neue Ära und Konfliktsperiode.

Mit dem Beginn der neuen Ära hatte Regierungspräsident Peters in Minden ausgespielt; er war außer dem Oberpräsidenten v. Kleist-Retzow der einzige höhere Verwaltungsbeamte, der seinen Abschied bekam. Mit ihm verschwand Lindenbergs. Wir dürfen es dem Bericht der Mindener Regierung glauben, daß die freiere Richtung einen weit verbreiteten stillen Unmut gehoben habe.<sup>161)</sup>

Die Neuwahlen Ende 1858 schufen eine ministerielle Mehrheit. Zu ihr gehörten auch die meisten Abgeordneten von Minden-Ravensberg. Der Hauptführer der Mehrheit war Georg von Vincke. Er war mehrfach gewählt worden, auch im Wahlkreis Halle-Bielefeld-Wiedenbrück, hatte hier aber abgelehnt und für Bochum-Hagen die Wahl angenommen. An seine Stelle trat der von uns schon erwähnte Möller-Kupferhammer, der mit großer Majorität über Gerlach siegte. 1860 mußte in demselben Wahlkreis eine Nachwahl stattfinden. Mittlerweile war die Militärreorganisation von der Regierung gefordert worden und erregte bei Abgeordneten und Volk lebhafte Bedenken, und bei der Furcht vor Erhöhung der Steuern gelang es Rempel, die Wahl des bekanntesten demokratischen Führers von 1848, des Geh. Obertribunalrates Waldeck, durchzusetzen, der, Münsteraner von Geburt, in den Jahren 1834—1838 Leiter des Gerichtes in Blotho gewesen war. Die Wahl erregte großes Aufsehen, wie es bis in die jüngste Zeit das Schicksal unserer Gegend war, daß der Ausfall der hiesigen Wahlen auch außerhalb mit Spannung verfolgt wurde.

Das Neuerwachen des nationalen Bewußtseins führte in Bielefeld und Herford zur Gründung von Zweigvereinen des Nationalvereins; dort trat Rempel an die Spitze. 1861 fand in Bielefeld eine zahlreich besuchte Versammlung statt, auf der u. a. Lüning-Rheda und v. Bennigsen-Hannover sprachen. Die vom Nationalverein angeregten Sammlungen für Kanonenboote fanden lebhaften Anklang. Der Verein wollte die nationalen Interessen höher stellen als die der Partei, aber Rempel wurde nicht mit Unrecht vorgeworfen, daß er ihn zu seinen Parteizwecken ausbeuten wolle; mit seiner weiteren Entwicklung war er nicht zufrieden und bezeichnete ihn später als Schwatzverein. Um so eifriger war er für seine Partei tätig, und es gelang ihm 1861, die Mehrzahl der liberalen Wähler seines Bezirkes — jetzt waren zum erstenmal Halle-Herford-Bielefeld einerseits, Minden-Lübbecke andererseits vereinigt — für das Programm der deutschen Fortschrittspartei zu gewinnen. Speziell in Bielefeld glaubte er obgesiegt zu haben. Er triumphierte: Es gibt nur eine große liberale Partei unter uns. Von den 5 Abgeordneten für Minden-Ravensberg gehörten 3, darunter wieder Waldeck, der Fortschritts-, 2 der gemäßigt-liberalen Richtung an, und die konservative Partei war trotz eifrigster Agitation unterlegen. Sie hatte in dem Bürgermeister Stroffer<sup>162)</sup> in Herford einen ganz hervorragenden Agitator gewonnen und sich 1862 im Konservativen Volksfreund ein eigenes Organ geschaffen. Lebhaft beteiligten sich auch wieder die Geistlichen an der Bewegung. Langjähriger Führer der Partei war Superintendent Schmalenbach in Mennighüffen († 1901). Auch als 1862 und 1863 das Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde, ergaben die Wahlen kein der Regierung erwünschtes Resultat; wieder und wieder wurden auch in Minden-Ravensberg Gegner der Reorganisation gewählt. Auch auf dem Lande überwogen Gleichgültigkeit und Wahlmüdigkeit sowie Hoffnung auf Minderung der Steuerlast, die vom Fortschritt versprochen wurde; nur im Kreise Herford war die Mehrheit der ländlichen Wähler entschieden konservativ, wurde aber von Halle-Bielefeld überstimmt. Die Stadt Herford gab dagegen 1863 einen

Beweis, wie groß die Verbitterung war. Als der (nachher nicht ausgeführte) Besuch des Königs in Aussicht stand, wurden für die Vorbereitungen zum Empfang 200 Rtlr. beantragt, aber von Magistrat und Stadtverordneten abgelehnt. Und dieser Beschluß fand in Bielefeld ein Echo. Im Inserateil des Wochenblattes (vormals Öffentliche Anzeigen der Grafschaft Ravensberg, heute Westfälische Zeitung) wurde den Herforder Stadtverordneten ein donnerndes Hoch gebracht. Aber die konservative Partei ließ sich durch ihre Mizerfolge nicht entmutigen und nicht mundtot machen. In zahlreichen Adressen versicherte sie den König ihrer Ergebenheit. Der Ehrentag der Partei war aber der 2. Juli 1863.<sup>163)</sup> Von Minden aus, wo er das 50. Stiftungsfest des 15. Regiments mitgesiebert hatte, war Moon, der Vorläufer der Militärreorganisation, einer Einladung der Ravensberger Konservativen folgend nach Herford gekommen und war von hier im Triumphzug nach Laar geführt worden, wo er von Stroffer begrüßt wurde und selbst eine eindrucksvolle Rede hielt. Über Enger ging der Zug nach Herford zurück, wo ein Festmahl den Beschluß machte. Hier beantwortete er einen plattdeutschen Toast auf Frau und Kinder seinerseits in plattdeutscher Rede. Großen Beifall fand auch die Ansprache des Kolonels Bockschäz aus Töllenbeck über das Thema: Wir wollen kein Volksheer, denn wir haben eins. Vorbereitet wurde der allgemeine Umschwung durch das Jahr 1864, das Interesse wandte sich den Kriegssereignissen zu. Eifrig war man bemüht, den ausziehenden, kämpfenden, heimkehrenden Truppen nach Möglichkeit Erleichterungen und Erfrischungen zuteil werden zu lassen.

Aber keineswegs waren die bisherigen Oppositionsmänner gewillt, einzulassen. Nachdem zeitweis, als es schien, als ob Kreis und Stadt in großer Mehrheit fortschrittlich gesinnt seien, das Bielefelder Wochenblatt offiziell im Dienst dieser Partei gestanden hatte (Januar 1863 bis 1. Oktober 1864), entstand mit leichtgenanntem Termin ein eigenes Blatt der Fortschrittspartei: der Wächter, dessen Hauptmitarbeiter Rempel von Anfang an war, um 1865 Redakteur zu werden. In dem letzteren Jahr wurde auch die Mindener Zeitung als Organ der Fortschrittspartei gegründet. Die erste Nummer des Wächters wurde eröffnet mit der Frage: Was hat der Krieg mit dem Verfassungskampf zu tun? Und als der König nach Minden kam, sprach sich Rempel dagegen aus, daß eine Bielefelder Deputation ihn dort begrüße. Noch als unter den Kriegsvorbereitungen für 1866 Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus ausgeschrieben wurden, erklärte der Wächter, sie müßten gegen Politik und Männer der Regierung gehen. Diesem Ministerium keinen Pfennig zur Mobilmachung und zum Krieg — das wird als Lösung einer Mindener Wahlbesprechung angegeben. Und der fettgedruckte Haupttitel eines Wahlaufrufes für Halle-Herford-Bielefeld lautete: Wir wollen keinen Krieg.



Karl Stroffer. Nach einer Photographie.

Für die „liberale Partei“ dieses Wahlkreises kandidierten Waldeck, Möller, Brachtrup — aber sie unterlagen, und in den Landtag zogen ein v. Bodelschwingh, Stroffer, Meyer zu Selhausen. Auch in Minden-Lübbecke unterlag die Fortschrittspartei gegen die Konservativen Kreisgerichtsrat Meyer und Präsident v. Nordenflycht.

### Politische Entwicklung seit 1867.

1867 mußte für den Konstituierenden Reichstag gewählt werden. Minden-Ravensberg wurde auf 3 Kreise verteilt, die bis heute geblieben sind. Es wählten zusammen Minden-Lübbecke und Halle-Herford. Der Kreis Bielefeld aber wurde von den beiden Ravensberger Kreisen, mit denen er beim Landtag zusammengeht, getrennt und mit dem wirtschaftlich und konfessionell so ganz anders gearteten Kreis Wiedenbrück zusammengeschweißt — ein ganz unglücklicher Einfall. Es ist nicht zu sagen, wieviel Schwierigkeiten, wieviel Verärgerung und Verbitterung dadurch erzeugt wurden. Die Wahlbewegung bietet hier ein ganz wunderliches Bild, das zeigte sich gleich im Anfang. Zunächst versuchte die Fortschrittspartei ihren Waldeck, nachdem er bei den ersten Wahlen zum Abgeordnetenhaus durchgesunken war, hier durchzusetzen. Aber er unterlag dem bekannten General Vogel v. Falkenstein, der allerdings für einen anderen Kreis annahm und durch den Landrat Beßel erzeigt wurde. Doch für den ersten ordentlichen Reichstag wurde durch Rempels Einfluß Waldeck abermals aufgestellt. Gegen die Wahl fortschrittlicher Kandidaten hatten die gemäßigt Liberalen von Anfang an opponiert, jetzt wendeten sich auch bei uns deren Sympathien der neuerrstandenen nationalliberalen Partei zu, doch wurde bei der Auffstellung eines gemäßigtliberalen Kandidaten die neue Parteibezeichnung vermieden, und statt dessen nannten sich die Gegner des Fortschritts Vereinigte Liberales. Ihr Kandidat war Möller-Kupferhammer, der noch 1866 mit dem Fortschritt gegangen war. Noch schmerzlicher mußte es für Rempel sein, daß sein alter Kampfgenosse Lüning ihn verließ; sein Name steht schon unter der von Lasker entworfenen Erklärung vom 26. September 1866, die die Grundlage der neuen Parteibildung wurde. Und der Parteiname wurde auf seinen Vorschlag gewählt. Es kam jetzt zwischen ihm und Rempel zu scharfen Auseinandersetzungen, bei denen jener betonte, daß zu seinem Vorgehen ihn nationale Rücksichten bestimmten. Der persönliche Verkehr zwischen beiden hörte ganz auf. Die Konservativen hatten Tiemann aufgestellt, dieser kam mit Waldeck in die Stichwahl, und letzterer siegte; die Arbeiter stimmten für ihn, und ausschlaggebend war wohl sein Bekanntnis: Waldeck war ein gläubiger Katholik, und das wird ihm viele Wähler des Kreises Wiedenbrück gewonnen haben. In den beiden anderen Reichstagswahlkreisen fehlte das katholische Bevölkerungselement, und so wurden hier der Zeitstimmung entsprechend bei den beiden ersten Wahlen Konservative gewählt: v. Bodelschwingh und Oberst Frhr. v. d. Goltz, der sich nachher bei Colombey einen Namen machte.<sup>164)</sup> Bei den Landtagswahlen, die 1867 die Vergrößerung Preußens durch die neuen Provinzen nötig machte, siegten in Minden-Lübbecke der Konservative v. Ledebur und der Altliberale Georg von Vincke, in Herford-Halle-Bielefeld die Konservativen des Jahres 1866. Daß aber Stroffer nicht die politischen Ansichten der Stadt Herford vertrat, zeigte in demselben Jahr die Tatsache, daß er dort als Bürgermeister nicht wiedergewählt wurde; er kam als Strafanstaltsdirektor nach Herford, dann nach Münster.

Zwei Reichstagswahlwahlen 1869 sind insofern bemerkenswert, als damals zuerst die Sozialdemokratie auftrat, in Minden-Lübbecke mit 451, in Bielefeld-

Wiedenbrück mit 962 Stimmen; letztere Wahl war durch die Mandatsniederlegung Waldecks notwendig geworden, der dann Anfang 1870 starb. Welche Bedeutung die neue Partei einst bekommen würde, ahnte damals niemand. Noch 1873 zählte man im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück nur 61 Abonnements auf sozialdemokratische Blätter, und in Westfalen übertraf nur Dortmund unsere Gegend in dieser Beziehung. In Herford-Halle fiel erst 1884 eine namhafte (985) Anzahl Stimmen auf einen Sozialdemokraten.

Auch bei den Abgeordnetenwahlen 1870 und den Reichstagswahlen 1871 behielten die Konservativen die Oberhand. 1871 kandidierte für Bielefeld-Wiedenbrück kein Geringerer als Eugen Richter, unterlag aber dem freikonservativen katholischen Landrat Düesberg, für den „Kutte und Talar“ eintraten.

Mächtig war auch sonst der Widerhall, den die großen Ereignisse von 1866 und 1870 in der Bevölkerung fanden. Auch die Männer, die der Fortschrittspartei treu blieben, freuten sich von Herzen der großen Taten des preußisch-deutschen Kriegsheeres. Rempel erlebte 1870 nicht mehr, er starb 1868 — aber sein Sohn zog als freiwilliger Krankenpfleger ins Feld. Es folgten die Jahre des Kulturmärktes. Die Führer der konservativen Partei in Minden-Ravensberg standen in diesem nicht auf der Seite der Staatsregierung, und insbesondere Stroffer trat ihr scharf im Abgeordnetenhaus entgegen. Aber die Mehrzahl der Wähler hatten sie zunächst nicht für sich, und die herrschende Stimmung kostete der Partei für längere Zeit in Abgeordnetenhaus und Reichstag die Mandate. Den Hauptvorteil hatte bei den Abgeordnetenwahlen 1873 und 1876 in Minden-Lübbecke die nationalliberale oder freikonservative, in Ravensberg die Fortschrittspartei, die in dem altkatholischen Kreisgerichtsrat Eduard Windthorst einen beredten Vertreter ihrer und der Kulturkämpfe besaß. In den Reichstag kamen in Minden v. Egel, in Halle-Herford Landrat v. Vorries (beide nationalliberal), in Bielefeld-Wiedenbrück Julius Kisker (Fortschritt), letzterer in Stichwahl mit dem Zentrum.

Ganz richtig hatte aber der Wächter bemerkt, daß der Stimmungswechsel, der das andere Wahlergebnis herbeigeführt hatte, nur von außen hereingetragen war. Als die Kulturmärktsstimmung verflogen war, als die gedrückte wirtschaftliche Lage der liberalen Gesetzgebung schuld gegeben wurde, kam der konservative Grundcharakter der Bevölkerung wieder zum Vorschein. Für den Reichstag siegten 1877 Männer der äußersten Rechten: in Minden-Lübbecke der Kreuzzeitungssredakteur Nathusius, in Halle-Herford v. Kleist-Reizow,<sup>165)</sup> der schon 1874 vergeblich dort kandidiert hatte, von jetzt aber immer wieder gewählt wurde, bis er 1892 starb, in Bielefeld-Wiedenbrück Marcard, schon in der Reaktionszeit Abgeordneter für Minden-Lübbecke-Herford. Das Zentrum stimmte für ihn. Die Sozialdemokraten hatten



General der Infanterie Bruno Freiherr v. d. Goltz.  
Nach einer Photographie.

es in diesem Wahlkreis jetzt schon auf 2000 Stimmen gebracht, in Minden auf 700. Der Rückgang, den die Reichstagswahlen 1878 und 1881 unter dem Eindruck der Attentate und des Sozialistengesetzes zeigten, war nur vorübergehend. In Bielefeld erstand 1877 in der Neuen Westfälischen Volkszeitung ein besonderes Organ der konservativen Partei, das in dem Pfarrer Diez seinen ersten Redakteur bekam. Ihre besondere Färbung erhielt die Partei durch die Auffstellung des Hofsprechers Stöcker. Die starke Betonung des Christentums war es in erster Linie, was an ihm gefiel, dann die soziale und antisemitische Ader. Eine Volkspartei sollte die konservative Partei sein, bei der die auseinanderstrebenden Interessen durch das Christentum zusammengehalten würden. Mit großer Majorität siegten 1879 Stroesser, Stöcker und als Vertreter der Landwirtschaft Meyer von Selhausen über die vereinigten Fortschrittler und Nationalliberalen, in Minden-Lübbecke mit nur wenig Stimmen Südmeyer und v. d. Reck über den freikonservativen und den nationalliberalen Gegner. 1881 wurde Stöcker von Minden-Lübbecke auch in den Reichstag gewählt, nahm aber für Siegen an. Nach Marcards Tod gelang es der konservativen Partei in der Person v. Ungern-Sternbergs einen dem Zentrum genehmten Kandidaten für Bielefeld-Wiedenbrück zu finden. Als 1886 Stroesser wegen seines Alters nicht mehr für den Landtag kandidierte, setzten die Landwirte neben Selhausen einen zweiten Vertreter ihrer Interessen durch.

Eine Gesundung der Parteiverhältnisse in Bielefeld-Wiedenbrück schien sich 1887 bei den Septennatswahlen anzubahnen, als sich Konservative und Nationalliberale auf Kommerzienrat Hermann Delius vereinigten und ihn im 1. Wahlgang durchbrachten. Aber 1889 für den Landtag standen sie sich als Feinde gegenüber, weil sich die Nationalliberalen nicht entschließen konnten, Stöcker zu wählen, und die Auffstellung des Kartellgegners Frhr. v. Hammerstein 1890 im Reichstagswahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück seitens der Konservativen rief die größte Verwirrung hervor und führte schließlich zum Sieg des Zentrumskandidaten Evers, der in der Stichwahl einem Sozialdemokraten gegenüberstand. Auch in Halle-Herford und Minden-Lübbecke hatte der Fall des Sozialistengesetzes eine sprunghafte Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bewirkt; als Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer wurde in demselben Jahr in Bielefeld die Volkswacht gegründet.

Hammerstein zog 1892 nach dem Tode Kleist-Rezows als Vertreter von Halle-Herford in den Reichstag ein, in Bielefeld-Wiedenbrück aber hatten sich diesmal Nationalliberale und Konservative geeinigt, ohne indes ein anderes Resultat zu erzielen als 1890.

1893 wurde endlich ein Zusammengehen der Konservativen und Nationalliberalen im Landtag für Halle-Herford-Bielefeld dadurch möglich, daß Stöcker nicht mehr hier, sondern in Minden aufgestellt wurde. Gewählt wurden der Nationalliberale Theodor Möller, der Sohn des früheren Abg. Möller-Kupferhammer, und die Konservativen Dr. Klasing und Selhausen. Auch 1899 gingen hier Konservative und Nationalliberale zusammen. Mittlerweile war 1896 Stöcker aus der konservativen Partei ausgeschieden. Dadurch wurde das Parteibild noch bunter, indem die Christlichsozialen nunmehr 1898 zunächst für den Reichstag in Bielefeld-Wiedenbrück und Halle-Herford mit eigenen Kandidaten auftraten. In Minden-Lübbecke geschah dies seitens des Bundes der Landwirte; sein Kandidat erlag dem der Konservativen. In Halle-Herford aber verschaffte die Kandidatur Stöckers dem nationalliberalen Bürgermeister Quentin den Sieg, so daß zum erstenmal dieser Reichstagswahlkreis nicht konservativ vertreten war. In Bielefeld-Wiedenbrück kam

mit dem Sozialdemokraten infolge der christlichsozialen Absplitterung nicht der von Konservativen und Nationalliberalen aufgestellte Konservative, sondern wieder der Zentrumsmann in die Stichwahl und ging aus dieser als Sieger hervor.

Während die linksliberale Richtung in Bielefeld, die einst dort tonangebend gewesen war, 1902 nicht einmal mehr ihre altbewährte Zeitung, den Wächter, halten konnte, war die nationalliberale Partei, reorganisiert 1884, so erstaunt, daß sie 1903 beanspruchte, für den Reichstag den Kandidaten aus ihrer Mitte zu stellen. Die Konservativen fügten sich nicht, und wieder war das Zentrum der tertius gaudens, dem bei der notwendig gewordenen Stichwahl zwischen ihm und der Sozialdemokratie die anderen Parteien zum Siege verhalfen.

Jetzt waren die Sozialdemokraten auch in den Kreisen Halle-Herford und Minden-Lübbecke so zahlreich geworden, daß sie in die Stichwahl kamen, allerdings dort dem Konservativen Malermeister Meyer, hier dem Konservativen Sielermann unterlagen; für diese hatten bei der Stichwahl auch die Christlichsozialen, die seit 1902 im Ravensberger (in Enger erscheinend) eine eigene Zeitung besaßen, gestimmt, nachdem sie ursprünglich ebenso wie bei uns eigene Kandidaten, darunter Stöcker für Halle-Herford, aufgestellt hatten. Bei den Landtagswahlen 1904 war das Bündnis zwischen Nationalliberalen und Konservativen in Bielefeld-Halle-Herford schon wieder in die Brüche gegangen. Es siegten die Konservativen. Einer der Gewählten war der Schwiegersohn des langjährigen früheren Abgeordneten, Finanzministers von Bodelschwingh, der greise Pastor von Bodelschwingh, der für seine Ideen auch im Abgeordnetenhaus eintreten wollte.

Schließlich sollte es dem Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück nicht erspart bleiben, nachdem er alle möglichen anderen Vertreter gehabt hatte, noch die rote Fahne über sich wehen zu sehen. Es hatten sich nach der Reichstagsauflösung 1906 in verstärkter Wiederaufnahme der Bestrebungen von 1887 alle Parteien gegen Sozialdemokratie und Zentrum auf Staatsminister a. D. von Möller, der schon 1894 ins Abgeordnetenhaus gewählt worden war, vereinigt und ihn in die Stichwahl gebracht. Und allgemein wurde erwartet, daß sich das Zentrum jetzt für die ihm mehrfach gegen die Sozialdemokratie erwiesene Hilfe bei der Stichwahl dankbar erweisen würde, aber Tausende seiner Wähler zogen es vor, für den Sozialdemokraten Severing zu stimmen. In den beiden anderen Wahlkreisen erlitten dagegen die Sozialdemokraten eine Niederlage. In Minden-Lübbecke wurde sofort der Konservative Sielermann gewählt, in Halle-Herford kam es zur Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen Conze und dem Konservativen Meyer, und jener siegte. 1908 bei den Abgeordnetenwahlen war den Christlichsozialen von den Konservativen ein Mandat zugestanden worden, aber während die zwei Konservativen gewählt wurden, brachte die Sozialdemokratie, die seit 1903 in diesem Kreis über eine ansehnliche Anzahl von Wahlmännern verfügte, den christlichsozialen Kandidaten zu Fall, so daß als dritter Vertreter der Hospitant der freisinnigen Volkspartei Stadtrat Lorenz ins Abgeordnetenhaus einzog; es war seit 1879 der erste Linksliberale, der in unserem Landtagswahlkreis gewählt wurde.

Gegenwärtig gehören von den drei Reichstagsabgeordneten je einer der sozialdemokratischen, der konservativen und der nationalliberalen Partei, von den fünf Landtagsabgeordneten vier der konservativen und einer der freisinnigen Volkspartei an.

Werfen wir einen Rückblick, so läßt sich, so verschieden auch beim Reichstag und Landtag die Wahlart und so verschieden die Kreise untereinander sind, doch ein gemeinsamer Zug in der Wahlbewegung Minden-Ravensbergs bemerkeln; von

den Reichstagswahlen für Bielefeld-Wiedenbrück müssen wir freilich hierbei aus den oben erwähnten Gründen absehen.

Beginnen wir bei den ersten Klassenswahlen 1849, so herrscht zuerst Mittelpartei oder gemäßigter Liberalismus bis 1861; nur die Jahre 1855—1858, wo die Wahlen von oben beeinflußt werden, machen eine Ausnahme. Die Konfliktsperiode brachte den Fortschritt ans Ruder. Der Krieg von 1866 führte einen Umschwung zugunsten einer christlich-konservativen Parteirichtung hervor, der — von den Kulturmäpfjahren abgesehen — im Grunde genommen bis jetzt vorgehalten hat; freilich hat sich aus dem Schoße dieser Richtung die christlichsoziale Gruppe losgelöst, erinnert aber doch noch vielfach an ihren Ursprung. Daneben haben sich die Liberalen behauptet. Ihnen allen ist in der Sozialdemokratie ein Gegner erstanden, von dem man 1849 noch keine Ahnung hatte.

Legen wir nun das Ergebnis der letzten Reichstagswahl zugrunde, indem wir dabei die Wähler im Kreise Wiedenbrück abziehen, so stehen 23400 sozialdemokratischen Stimmen 53100 des heutigen Blockes gegenüber, wozu noch etwa 1300 Zentrumsstimmen kommen. Man sieht, wie sehr in Minden-Ravensberg trotz des rießen Wachstums der Sozialdemokratie die Parteien auch zahlenmäßig überwiegen, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Jene 53100 verteilen sich, wenn wir die Wähler in Stadt und Landkreis Bielefeld, die 1907 sofort für den Kompromißkandidaten stimmten, nach dem Resultat von 1903 schätzungsweise den verschiedenen Parteien zuweisen, auf 9800 Christlichsoziale, 24900 Konservative, 18400 Liberale. Besonders erfreulich erscheint dem unparteiischen Berichterstatter die große Zahl der Christlichsozialen, mag auch von den anderen Parteien der neue Konkurrent unbequem empfunden werden; dieser Partei wird in erster Linie die Aufgabe zufallen, der Sozialdemokratie ihre Anhänger abspenstig zu machen. Im übrigen sind wir überzeugt, daß auch von den sozialdemokratischen Wählern bei weitem nicht alle die letzten Ziele der Sozialdemokratie billigen und daß insbesondere im Kriegsfall alle Männer aus Minden-Ravensberg in angestammter Treue für König und Vaterland eintreten werden.

### Die letzten Kriege.

Das 15. Regiment nahm schon am Feldzug von 1849 gegen Dänemark teil. Es bildete hauptsächlich die Avantgarde, die am 6. Mai die Grenze Jütlands überschritt, und beteiligte sich rühmlich an mehreren Gefechten. Bemerkenswert ist auch der einjährige Aufenthalt, den das 2. Bataillon nach Eintritt des Waffenstillstandes in Hamburg nahm, wo es sich den Eintritt gegen den Böbel hatte erzwingen müssen. Mancher Offizier machte dort eine Eroberung fürs Leben.

Dann war es beiden Regimentern beschieden, nicht nur 1866 und 1870 ins Feuer zu kommen, sondern schon 1864. Denn die 13. Division gehörte zu den wenigen Armeeteilen, die damals mobil gemacht wurden. Die 26. Brigade wurde von Goeben geführt, der durch seine Kaltblütigkeit das besondere Vertrauen der Mannschaften erwarb. Das 15. Regiment (Füsilierbataillon) empfing am 2. Februar bei Missunde seine Feuertaufe. Es war kein erfreulicher Anfang, da der Angriff auf die dänischen, den Schleübergang deckenden Schanzen mißlang. Dann finden wir beide Regimenter vor Düppel. Ein bekanntes, der Wirklichkeit entsprechendes Bild zeigt, wie die preußischen Soldaten, in weiße Schafpelze gehüllt, im Schnee und Eis auf Vorposten standen. Für das 55. Regiment war der 22. Februar der Tag des ersten größeren Gefechtes (bei Rackebüll). An dem Sturm auf Düppel

war nur das 1. Bataillon der 55. beteiligt und zwar an der Eroberung von Schanze 3, 4 und 7. Den Übergang nach Alsen machte das ganze Regiment 55 und 2. und 3. Bataillon 15 mit.

Auch 1866 wurden unsere 55er und 15er von Goeben kommandiert, der aber mittlerweile zum Divisionsgeneral aufgerückt war. Sie gehörten zur Mainarmee. Zuerst kämpften sie bei Dernbach und Kissingen gegen die Bayern (4. und 10. Juli). Der 10. Juli war für beide Regimenter ein besonderer Ehrentag. Bei Lauffach am 13. Juli den Hessen-Darmstädtern gegenüber taten sich besonders die Füsilierer beider Regimenter hervor. Bei Aschaffenburg sahen die Regimenter die Österreicher sich als Gegner gegenüber, bei Tauberbischofsheim die Würtemberger. Zwischen diese beiden Gefechte fiel der Einzug in Frankfurt. Zum Schluss des Feldzuges treffen wir die Brigade vor Würzburg. Nicht nur an blutigen Kämpfen, sondern auch an anstrengenden Marschen war der Mainfeldzug reich gewesen.<sup>166)</sup>

Aber noch ganz andere Anforderungen sollte 1870/71 stellen. Das 55. Regiment zählte damals verhältnismäßig wenig Minden-Ravensberger in seinen Reihen, aber wegen der engen Beziehungen, die es früher und dann wieder später zu unserer Landschaft hatte, sei es gestattet, auch für diesen Krieg seine Taten zusammen mit denen des 15. Regiments zu berücksichtigen. Die Brigade gehörte der 1. Armee (Steimetz) an. Gleich zu Beginn des Krieges durften die 55er noch gegen Abend an der Schlacht bei Spichern teilnehmen, während das 15. Regiment trotz eines Gewaltmarsches den Feind nicht erreichte. Dagegen ihren eigentlichen Ehrentag in diesem Kriege, den 14. August, hatten die zwei Regimenter gemeinsam. Hier war es der Brigade beschieden, entscheidend in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Ihr Kommandeur, General v. d. Goltz, entschloß sich, dem im Abzug begriffenen Feind

zu Leibe zu gehen, hielt ihn fest und bereitete so seine Einschließung in Metz vor, die durch die Schlachten vom 16. und 18. August vollendet wurde. Am 14. August begann nachmittags gegen 4 Uhr der Kampf gegen große Übermacht. Die 4. Komp. Regiment Nr. 15 verlor hier sämtliche Offiziere. Die Fahne des besonders gefährdeten Füsilierbataillons 55 erhielt 10 Beschädigungen und ging wegen schwerer Verwundung der Träger von Hand zu Hand. Die Höhe von Colombey ward genommen und gehalten. Aber darüber hinaus behaupteten sich die Franzosen im Besitz einer Pappelallee und eines Tannenwäldchens, die erst gegen 7 Uhr erobert wurden, als die 25. Schweizerbrigade eingetroffen war. Am 18. August war der 26. Brigade keine entscheidende Rolle zugedacht. Sie bildete mit den übrigen Truppen des 7. Korps auf dem rechten Flügel den Stützpunkt für die Rechtschwung der 1. und 2. Armee. In die Schlacht griff sie erst nachmittags  $3\frac{1}{2}$  Uhr ein und nahm durch einen raschen Vorstoß das Dorf Jussy. Dann führte sie bis zum Abend ein Feuergefecht mit dem Feinde. Nun folgten die aufreibenden Wochen der Einschließung von Metz; naßkalte Witterung, schlechtes Wasser und der Mangel an Ruhe erzeugten Krankheiten; unausgesetzt waren die Truppen feindlichem Feuer und der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt. Bei einem



General v. Goeben. Nach einer Photographie.

Ausfall gelang es dem Feinde, den größeren Teil der 11. Komp. des Füsilierbataillons des 55. Regiments gefangen zu nehmen, die aber bald ausgewechselt wurden. Mit großer Freude wurde unter diesen Umständen die Kapitulation der Festung begrüßt. Die 26. Brigade wurde zu ihrer Besatzung bestimmt, und es begannen 6 Wochen des angestrengtesten Garnisondienstes. Mitte Dezember bis Mitte Januar trat an dessen Stelle die Aufgabe, die obere Seinegegend zu durchziehen und die sich sammelnden feindlichen Scharen zu zerstreuen. Mitte Januar wurde das 7. Korps der neugebildeten Südarmee zugeteilt; diese verlegte in ermüdenden und durch das Winterwetter erschwertem Marsch Bourbaki, der Werder vergeblich an der Lysaine angegriffen hatte, den Rückzug und zwang ihn zum Übertritt über die Schweizer Grenze. Erst am 11. Februar trat für die Südarmee der Waffenstillstand ein. Im Juni trafen die 2 Regimenter in der Heimat ein. Von allen Treffen war für sie bei weitem am verlustreichsten das von Colombey gewesen. Die Gefallenen, Vermissten oder tödlich Verwundeten betrugen an diesem Tage beim 15. Regiment 135 (7 Offiziere, 128 Mann), beim 55. Regiment 140 (6 Offiziere, 134 Mann). Besonders groß waren beim letzteren die Verluste der Füsilier.

Für die drei Kriege erhalten wir folgende Verlusttabelle:

15. Regiment:		
1864	1866	1870/71
Offiziere 1	4	11
Mann 23	62	157
} Summe		
		238
55. Regiment:		
Offiziere 5	7	8
Mann 32	103	189
} Summe		
		344

Beim 15. Regiment werden die Opfer der Kriege meist aus Minden-Ravensberg stammen, beim 55. gehörten diesen Landschaften 1864: 13, 1866: 39 und 1870/71: 25 an.

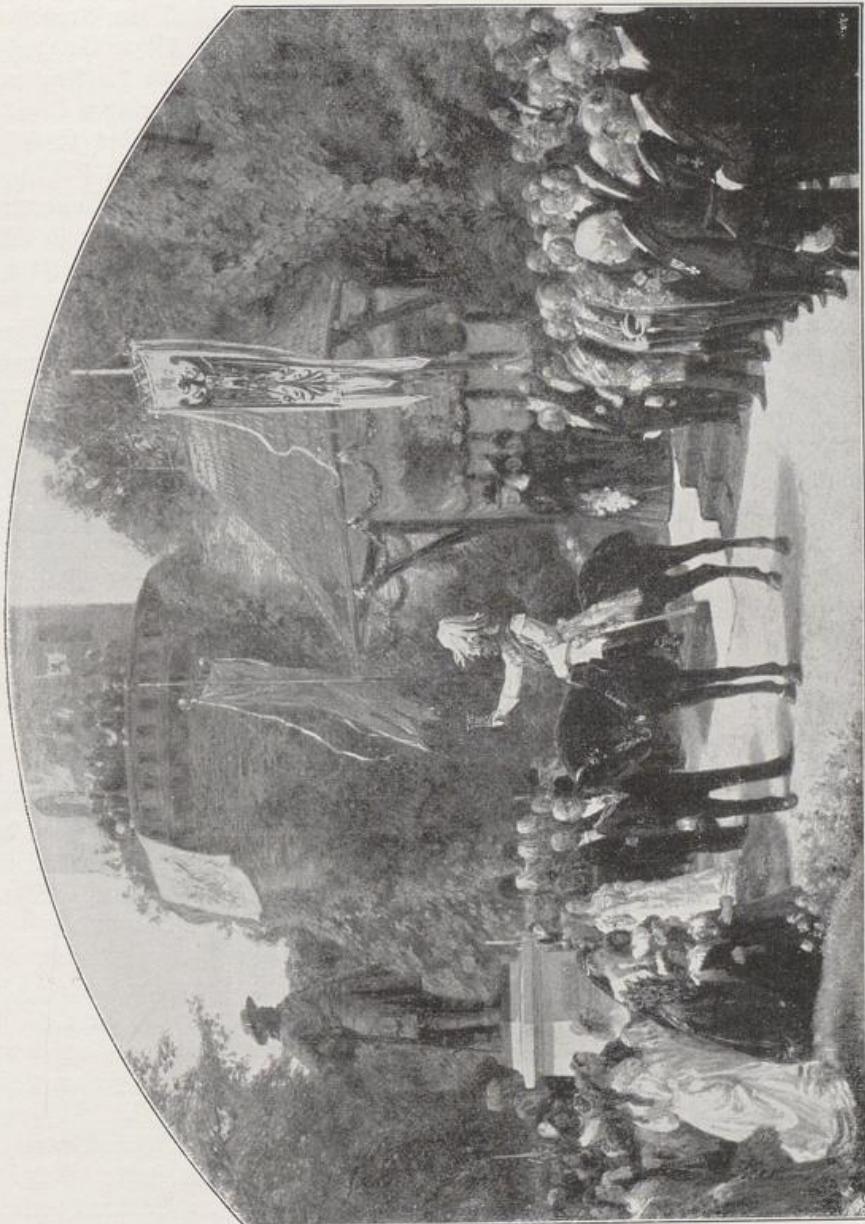
Auch bei den überseeischen Kriegen, die Deutschland in den letzten Jahren führen mußte, ist unsere Gegend nicht zurückgeblieben. Und mancher schlafet fern vom Vaterland den ewigen Schlaf. U. a. starb am 9. Januar 1906 Leutnant Bodo v. Ditsfurth, der Sohn des langjährigen Bielefelder Landrates, in Südwesafrika den Helden Tod.<sup>167)</sup>

So rechtfertigen die kriegerischen Leistungen Minden-Ravensbergs im vollen Umfange die schöne Charakteristik des westfälischen Soldaten, die sich in der Geschichte des 55. Regiments findet, mit deren zusammenfassendem Schlussatz wir diesen Teil schließen wollen: „Der westfälische Soldat bedarf öfter der Anspornung, besitzt jedoch alle Eigenschaften, ihn bei richtiger Behandlung zum ausgezeichneten Soldaten zu erziehen. Seine Pflichttreue und sein Ehrgefühl, Mut und Tapferkeit, seine physischen Kräfte, die ihn namentlich zur Ertragung von Beschwerden befähigen, seine Ruhe und Kaltblütigkeit, sogar seine angeborene Rauflust, sein Vertrauen zu seinen Führern machen es, daß man sich unter allen Umständen auf ihn verlassen kann.“

### Hohenzollernbesuche.

Nachdem Friedrich Wilhelm III. bald nach seiner Thronbesteigung 1799 zum Manöver mehrere Tage bei Petershagen zugebracht und bei dieser Gelegenheit auch Minden, Herford und Bielefeld berührt hatte (Minden hat damals auch die Königin Luise begrüßen dürfen), passierte er nach der Wiederherstellung der Monarchie noch zweimal — 1821 und 1825 — Minden-Ravensberg. Friedrich Wilhelm IV. kam als König das erstmal 1842. Auf dem neuangelegten Königsweg fuhr er zur Margarethenklus und besuchte in Bielefeld den Johannisberg. 1847 fuhr er von

Münster über Bersmold zum Ravensberg, dem gegenüber ein Empfangszelt aufgeschlagen worden war; hier verweilte er eine Stunde, besuchte aber die Burg selbst nicht.<sup>168)</sup> Dann gelangte er über Halle und Werther nach Enger, besichtigte hier Wittekinds Grabmal und erreichte über Herford Minden. Hier ist er auch später



Reiterzug 1900. Nach dem Gemälde von Dr. Rose im Bielefelder Rathaus.

mehrfach gewesen, ebenso in Bad Deynhausen, für das er sich schon als Kronprinz interessiert hatte;<sup>169)</sup> ganz besonders wurde 1852<sup>170)</sup> Gütersloh bei Gelegenheit der Grundsteinlegung seines Gymnasiums ausgezeichnet, aber Bielefeld hat er seit 1842 nur passiert, ohne sich dort länger aufzuhalten. Den Grund dafür suchte man

wohl mit Recht in der Verstimmung, die am Hofe über die oben geschilderte starke demokratische Strömung in der Stadt herrschte. Sein Bruder war als Prinz von Preußen 1849—1857 Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen und besuchte in dieser Eigenschaft mehrfach Minden-Ravensberg; so finden wir ihn 1854 auf dem Sparenberg. Aber als König kam er nur nach Minden; dort hat er nach dem Dänenkrieg die 13. Division begrüßt. Sein Sohn war 1883 zur Grundsteinlegung der Zionskirche nach Bethel gekommen und nahm bei dieser Gelegenheit auch die Huldigung Bielefelds auf dem Sparenberg entgegen. Unter der Regierung Wilhelms II. ist Ravensbergs Hauptstadt viermal der Ehre eines kaiserlichen Besuches gewürdigt worden (1897, 1900, 1907, 1908.<sup>171)</sup> Als Heimat seines Erziehers Dr. Hinzpeter hatte Bielefeld schon früh sein Interesse erregt; schon als 10 jähriger Knabe hatte er, zu Fuß vom Hermannsdenkmal kommend, mit ihm den Sparenberg erstiegen. Dazu kam die Nähe der Anstalten des von ihm besonders geschätzten Pastors von Bodelschwingh. Am Sparenberg zogen ihn ferner die Erinnerungen an seinen Ahn, den Großen Kurfürsten, an. So hat er auf diesem als Kaiser zweimal geweilt. Der dritte Besuch galt der Einweihung des großväterlichen Denkmals vor dem neuen Rathaus, und beim vierten erwies er seinem Erzieher die letzte Ehre. Aber auch vertrat der Kronprinz seinen Vater, und derselbe Ort war 1908 mehrere Tage des Kronprinzen Standquartier beim Manöver des 7. Korps. Nicht unerwähnt sei auch, daß die Kaiserin, die ihren Gemahl mehrfach bei den genannten Gelegenheiten begleitete, gern unter dem Namen einer Gräfin von Ravensberg reiste.

Wenn wir bei der Feier, die die Veranlassung zu dieser Festschrift gibt, auf die Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers verzichten müssen, so wissen wir, daß er aus der Entfernung herzlichen Anteil nimmt. Seit 300 Jahren sind die Geschicke der Grafschaft Ravensberg und der Hohenzollern, wie uns der kurze Gang durch die politische Geschichte des Landes gezeigt hat und wie auch die folgenden Teile dieser Festschrift erweisen werden, aufs engste miteinander verknüpft. In guten und bösen Tagen haben sie zueinander gestanden. Möge nie das schöne Vertrauen zu seinen Ravensbergern getäuscht werden, dem unser Kaiser im Jahre 1900 auf dem Sparenberg vor dem zu enthüllenden Standbild seines Ahnen Ausdruck verlieh, als er die Überzeugung aussprach, er könne hier wie einst Eberhard der Greiner in seinem Lande jedem Untertan sein Haupt kühnlich in den Schoß legen!



Georg Hinzpeter. Nach einer Aufnahme von Hofphotograph Gust. Haem-Wilms in Bielefeld.

Stadt und Land Minden wurden nicht vergessen. Vor allem kam er 1896 zur Einweihung des von der Provinz errichteten Denkmals Kaiser Wilhelms I. in der Porta. Eine schöne Huldigung seitens des Landvolkes erfolgte bei Gelegenheit des Kaisermanövers 1898 in Bad Deynhhausen,<sup>172)</sup> wo der Kaiser schon als Knabe 1865 und 1869 zur Kur geweilt hatte.<sup>173)</sup> Bei der Enthüllung des Kurfürstendenkmals in Herford im Jahre 1902

